

Franz Groll

Wie das Kapital die Wirtschaft ruiniert.

Der Weg zu einer ökologisch-sozialen Gesellschaft

Riemann Verlag München

ISBN 3-570-50057-8, Verfügbar ab 7.9.2004

Inhaltsangabe und Zusammenfassung der wichtigsten Thesen und Lösungsansätze:

Nach einer sehr kurzen Darstellung der 3 ungelösten Probleme Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten, Armut in den Ländern des Südens und drohender Klimakollaps werden die Thesen, Überzeugungen und Lösungsansätze der vorherrschenden Lehrmeinung der Ökonomie kritisch beleuchtet und vor allem herausgearbeitet, dass Says Gesetz durch die praktizierte Globalisierung außer Kraft gesetzt wird und die Prämissen (vollständige Nutzung der Produktionsfaktoren) für die Gültigkeit des Theorems von der Nutzung des komparativen Kostenvorteils von Ricardo nicht gegeben sind, da z. B. nirgends Vollbeschäftigung herrscht.

Die Brauchbarkeit der Produktionsfunktion $Y = f(K;A;T)$ wird in Frage gestellt.

Es wird auch gezeigt, dass die Praktiken der heutigen Globalisierung im Widerspruch zu Adam Smith's Thesen und Forderungen stehen.

Mit einer Parabel als einfaches, leicht verständliches volkswirtschaftliches Lernmodell wird gezeigt, dass die Menschen mit ihrer Arbeitskraft und Kreativität die Quelle des Fortschritts und des Wohlstandes sind und nicht das Kapital, es zeigt unter welchen Voraussetzungen Konsumverzicht (sparen) für die Tötigung von Investitionen erforderlich ist, es zeigt die Funktion und die Anforderungen an das Geld, erklärt weitere volkswirtschaftliche Begriffe wie z.B. das BSP und es zeigt, dass im Falle einer Konsumsättigung der Produktivitätsfortschritt auch für mehr Freizeit genutzt werden muss.

Im 2. Abschnitt des Lernmodells werden die Auswirkungen des entstehenden Kapitalismus dargestellt.

Der 3. Abschnitt ist ein geraffter historischer Rückblick ins 20. Jahrhundert mit:

- der Wandlung des Kapitalismus zur Sozialen Marktwirtschaft und deren Auswirkungen,
- der aktuellen Abwendung von der sozialen Marktwirtschaft und der Wirkung der Globalisierung, und
- den bereits eingetretenen und den noch vor uns stehenden Auswirkungen der Staatsverschuldung, und der Privatisierung.

Im 2. Viertel des Buches wird die theoretische Basis für ein neues Verständnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge erarbeitet und es werden die Grundlagen für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft gelegt.

Die Basis des Wohlstandes der Menschen ist ihre Produktivität und die Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen. Die Produktionsfunktion wird daher neu definiert mit:

$Y = f(A; R)$ (Arbeit und natürliche Ressourcen).

Kapital (Geld) ist kein Produktionsfaktor (PF), es hat nur eine Überbrückungsfunktion, die den Einsatz der Produktionsfaktoren erleichtert. Realkapital ist ein Sekundärer Produktionsfaktor der aus den („Ur“)Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen besteht.

Daraus wird klar, dass jede nicht vollständige Nutzung des PF Arbeit oder deren Fehlnutzung zu einer Wohlstandsminderung in der Gegenwart führt und jede „Übernutzung“ und Verschwendung des PF natürliche Ressourcen zu einer Wohlstandsminderung in der Zukunft zur Folge haben wird.

Ziel jeder verantwortungsbewußten, zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik muss daher die optimale Ausbildung, die Erhaltung und Nutzung der (angebotenen) Arbeitskraft und der Schutz der natürlichen Ressourcen sein. In einer marktwirtschaftlichen Lösung müssen deshalb die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass die Wirtschaft bei rationalem und betriebswirtschaftlich richtigem Verhalten diese Zielsetzung erfüllt. Dann werden „ganz von selbst“ die Probleme des Umwelt- und Klimaschutzes weitgehend gelöst und das Problem der Arbeitslosigkeit erheblich gemindert.

Auf der Basis dieses neuen Verständnisses der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge erscheint die Funktion des Geldes in einem ganz neuen Licht.

Es behält die Tausch- und Wertvergleichsfunktion und die Aufbewahrungsfunktion, deren Grenzen aufgezeigt werden.

Das Geld hat zusätzlich eine Überbrückungsfunktion, damit der Einsatz von Produktionsfaktoren (Arbeit und nat. Ressourcen) ermöglicht wird, bis der Rückfluß der Erlöse aus dem Verkauf einsetzt und das zur Überbrückung eingesetzte Kapital wieder zurückbezahlt werden kann.

Es wird sehr leicht verständlich, dass das Spar- und Investitionsungleichgewicht erforderlich ist, von dem wir heute weit entfernt sind, was eine wesentliche Ursache für die aktuelle wirtschaftliche Stagnation ist.

Dieses Spar- und Investitionsungleichgewicht wird durch eine unausgewogene „Entlohnung“ der Akteure der Wirtschaft verursacht. Dies ist eine Folge der seit Jahrzehnten anhaltenden steuerlichen Entlastung der Angebotsseite und der höheren Einkommen und eine gleichzeitige zusätzliche Belastung der Arbeitseinkommen durch Steuern und Abgaben bei sinkender Lohnquote.

Durch den demographischen Wandel in Deutschland und in den meisten westeuropäischen Staaten wird das Ungleichgewicht von Sparen und Investieren ganz wesentlich verstärkt. Dadurch werden die Grenzen der Aufbewahrungsfunktion des Geldes überschritten, die Stagnation und wohl sehr bald die Rezession unserer Wirtschaft ist die Folge.

Durch die Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte und die damit verbundene Spekulation wird das Ungleichgewicht weiter verstärkt und die Konjunktur belastet.

Bei den Überlegungen zur Steuergerechtigkeit wird dargestellt, dass vor allem die Besteuerung der Verwendung von „Gemeinschaftsgütern“ (natürliche Ressourcen) aus der Sicht der Gerechtigkeit aller erste Priorität hat (Ressourcen- und Grundsteuer, Nutzungsentgelt usw).

Mit zweiter Priorität folgt die Besteuerung der Gewinne aus der Nutzung dieser Gemeinschaftsgüter (Gewinne aus Vermögen und Unternehmen), wobei jedoch für die Schaffung von Arbeitsplätzen ein steuerentlastender Bonus vorgeschlagen wird.

Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern sind deshalb als gerecht zu werten, weil der Staat durch direkte und indirekte Fördermaßnahmen mitgeholfen hat, dass seine Bürger Vermögen aufbauen konnten.

Das selbe gilt für die Lohnsteuer. Die staatliche Gemeinschaft hat durch die Finanzierung der Bildung und z.B. durch das Bafög dazu beigetragen, dass seine Bürger bessere Einkommenschancen haben. So lange es jedoch Arbeitslosigkeit und eine Übernutzung von natürlichen Ressourcen gibt, ist es aus gesamtpolitischen Gründen erforderlich, Arbeitseinkommen bis zu einer Höhe von etwa 20 000,- Euro von Steuern und Abgaben ganz zu befreien.

Die Besteuerung von Kapitalerlösen, sowie Börsen- und Devisenumsatzsteuern sind als Steuerungsinstrumente nicht nur gerecht sondern erforderlich.

Mit den veränderten theoretischen Erkenntnissen wird die wirtschaftliche Entwicklung der letzten 25 Jahre in Deutschland untersucht, unter Aussparung der Jahre 1990 bis 94 mit der besonderen Situation des „externen Schocks“ durch die Wiedervereinigung.

Diese 25 Jahre sind gekennzeichnet durch eine steigende Arbeitslosigkeit und vor allem durch eine enorme staatliche Verschuldung, bei gleichzeitigem exponentiellem Wachstum des privaten Geldvermögens. Die Steuerentlastung, besonders der Unternehmen und Besserverdienenden und die Verschuldungspolitik wurde und wird von allen Regierungen, egal welcher Couleur, betrieben, in dem Glauben, dass dadurch ein dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum erreicht werden könnte. Es wird aufgezeigt, dass dies unter den gegebenen Situationen nicht erreichbar ist.

Zusätzlich haben sich die Staaten im Zuge der Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte und der Globalisierung der Wirtschaft in einen ruinösen Wettlauf um die niedrigsten Unternehmenssteuern begeben.

Diese Verquickung von keynesianischem und monetaristisch/neoliberalem Gedankengut hat zu der Situation geführt, dass die staatlichen Gebietskörperschaften immer weniger Handlungsspielraum haben und sich teilweise nur noch durch Notprivatisierungen finanziell über Wasser halten können. Dabei werden oft fundamentale marktwirtschaftliche „Gesetze“ missachtet und auch dort Privatisierungen vorgenommen, wo keine Konkurrenzsituation aufgebaut werden kann und wo der Kunde zum Konsum verdammt ist, wie z.B. bei der Wasserversorgung. Hier werden wir Bürger den Monopolen ausgeliefert.

Die Verschuldung des Staates ist vor allem vor dem Hintergrund der in etwa 15 Jahren einsetzenden rapiden Schrumpfung der aktiven Bevölkerung fatal. Wenn bis dahin die Schuldenlast nicht nennenswert abgebaut und die ökologischen Probleme nicht weitgehend gelöst sind, werden die nachfolgenden geburtenschwachen Jahrgänge durch die 3-fach-Belastung

- Tilgung der Staatsschulden,
- Lösung der Umweltprobleme und
- Versorgung der zahlreichen SeniorInnen

wirtschaftlich erdrückt. Besonders betroffen sind diejenigen, die nur staatliche Schulden „erben“ und keine privaten Guthaben.

Die seit den 70er Jahren aktive Bevölkerung „leistet“ sich geringere Ausgaben für die Nachwuchssicherung, sie hat keine besonderen Belastungen wie die Nachkriegsgeneration, hat einen relativ geringen Aufwand beim Renten-Umlageverfahren, da Millionen von Kriegsteilnehmern gefallen sind und hat dennoch kein schlechtes Gewissen seinen nachfolgenden Generationen einen Schuldenberg von 1,3 Billionen Euro zu hinterlassen, weil sie der Meinung ist, dass sie ja auch Werte hinterlässt und durch die private Altersvorsorge den Jungen nicht zur Last fallen wird. Dass dies ein Trugschluss ist wird dargestellt.

Das Sparen als Altersvorsorge führt heute zur wirtschaftlichen Stagnation und schon bald zur Rezession und in 25 – 40 Jahren zum Preisverfall der Kapitalanlagen und Inflation bei Konsumartikeln und Dienstleistungen.

Im letzten Viertel des Buches werden Maßnahmen vorgeschlagen, die sich aus den Erkenntnissen der vorangegangenen Abschnitte ableiten. Diese sind:

- Erbringung von Leistungen für die Zukunft anstatt sparen, durch: Abbau der Staatsschulden, Lösung der Umwelt- und Klimaprobleme, bestmögliche Ausbildung der jungen Generation, Investitionen in Entwicklung, Forschung und neue Technologien.
- Zusätzliche Investitionen in Menschen aus anderen Ländern und in Völker mit gegenläufiger demographischer Entwicklung, um die in etwa 20 bis 25 Jahren eintretenden Versorgungslücken (durch die zu geringe Nachwuchssicherung) zu kompensieren. Dieser Aufbau von Partnerstaaten ist zusätzlich eine effektive Maßnahme zur Armutsbekämpfung und Entwicklung der benachteiligten Staaten.
- Grundlegende Änderung der Steuerpolitik damit in Zukunft durch die Einsparung natürlicher Ressourcen rationalisiert wird und nicht durch Arbeitsplatzabbau
- Kontrolle der internationalen Finanzmärkte
- Deutliche Verbesserung der Familien- und Sozialpolitik

Zusammenfassung:

Nach 25 Jahren erfolgloser Wirtschafts- und Sozialpolitik muss die kritische Frage erlaubt sein, ob die Grundlagen unserer Volkswirtschaftslehre tragfähig genug sind, um die Probleme unserer Zeit zu lösen, oder ob nicht *ein ganz neues Denken erforderlich ist*. Dafür will dieses Buch einen Anstoß leisten.

Inhaltsverzeichnis

(Die im Inhaltsverzeichnis kursiv geschriebenen Abschnitte werden in diesem Dokument auszugsweise wiedergegeben.)

Widmung und Dank

Vorwort

Teil I

Das Scheitern des Kapitalismus'

Kapitel 1

Anspruch und Wirklichkeit

Arbeitslosigkeit durch Verschwendung
Ratlose Experten

Kapitel 2

Glaubenssätze der Volkswirtschaftslehre

Drei Überzeugungen

Der freie Markt regelt sich selbst
Das Streben nach Eigennutz hilft allen
Die Vernunft regiert den Markt

Vier Gesetzmäßigkeiten

Die Arbeitsteilung steigert die Produktivität
Wurst und Käse – die Nutzung des komparativen Kostenvorteils
Hersteller sind zugleich Käufer – Says Gesetz
Die Wirtschaft muss wachsen

Zwei Definitionen

Die Produktionsfaktoren
Die natürlichen Ressourcen

Kapitel 3

Die Lehrmeister des Kapitalismus: Adam Smith und David Ricardo

Was Adam Smith wirklich wollte
Ricardos Traum von der Vollbeschäftigung

Teil II

Modell für eine humane Volkswirtschaft

Kapitel 4

Vom Tal der Seligen ins Jammertal

Die gute alte Zeit
Das Zeitalter des Kapitalismus
Die soziale Marktwirtschaft und die Globalisierung

Kapitel 5

Die ökologisch-soziale Marktwirtschaft

Die neue Produktionsfunktion

Erkenntnisse aus der neuen Produktionsfunktion

Arbeitslosigkeit – der Importschlager?

Der Nutzen der Investitionen und des Konsumverzichts

Wer übt Konsumverzicht?

Was ist Wohlstand?

Der Wert des Produktionsfaktors Arbeit

Der Erhalt unserer Lebensgrundlagen

Boden, Luft und Wasser

Kapitel 6

Die neue Funktion des Geldes

Geld hilft tauschen, aufbewahren und überbrücken

Geld braucht Gleichgewicht

Verhängnisvolle Spekulationen mit Ersparnissen

Fatale Mobilität des Geldes

Die Grenzen der Aufbewahrungsfunktion

Mit gerechten Steuern steuern

Welche Steuern sind gerecht und sinnvoll?

Zusammenfassung Teil II

Teil III

Die Anwendung in der Praxis

Kapitel 7

Lösungsansätze der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft

Der schwierige Start nach Krieg und Währungsreform

Der erste Ölpreisschock

Vom zweiten Ölpreisschock zur Dauerkrise

Die Entwicklung an den Finanzmärkten

Die Wunderwaffe der »staatlichen Konjunktursteuerung«

Keynes hatte recht – und irrte

Mit Vollgas in die Staatsverschuldung

Endstation Privatisierung

Kapitel 8

Wirtschaftspolitik in Zeiten des demographischen Wandels

Die Konjunktur der Geburtenrate: Wir werden weniger

Das Jahrzehnt der verpassten Chancen

Was noch zu retten ist

Der Aufbau von Partnerstaaten

Kapitel 9
Die partnerschaftliche Weltwirtschaftsordnung

Warum kommen die nicht endlich auf die Beine?
Die Folgen der Globalisierung für die wirtschaftlich schwachen Staaten
Was wir gegen die Armut tun können

Kapitel 10
Die andere Agenda 2010

Die Ausgangslage
Arbeit fördern, Ressourcen sparen
Kontrolle der Finanzmärkte
Vorbereitung auf den demographischen Wandel
Sozialpolitische Leitlinien
Drohende Monopole durch Privatisierung
Die wichtigsten Veränderungen in der Steuerpolitik
Die Umsetzung in die Realität

Kapitel 11
Ein neues Denken

Nachwort des Redakteurs

Glossar

Literatur

Auszüge aus dem Buch:

Erläuterung zum ersten, wiedergegebenen Abschnitt:

Das Buch ist so geschrieben, dass auch LeserInnen ohne Vorkenntnisse in der Volkswirtschaftslehre den Inhalt gut verstehen können. Ein Lernmodell im Kapitel 4 soll dies unterstützen. Im ersten Abschnitt werden anhand einer sehr kleinen „Modellvolkswirtschaft“ die Grundlagen der wirtschaftlichen Zusammenhänge erklärt. Im zweiten Abschnitt werden die Auswirkungen des Kapitalismus und der Industrialisierung dargestellt. Der dritte, hier wiedergegebene Abschnitt ist kein Lernmodell, sondern die Beschreibung der wesentlichen Veränderungen des 20. und 21. Jahrhunderts aus der Sicht eines Außenstehenden.

Aus Kapitel 4

Vom Tal der Seligen ins Jammertal

Die soziale Marktwirtschaft und die Globalisierung

Unsere Volkswirtschaft konnte wegen ihrer Größe, aber vor allem wegen der inneren Zerrissenheit nicht mehr mit der Großen Ratsversammlung geleitet werden. Die Reichen und Wohlhabenden, die jetzt das Sagen hatten, bestimmten eine »Regierung«, die im Land für Ruhe und »Ordnung« sorgen musste, denn es kam immer wieder zu Diebstählen, weil viele Menschen nicht mehr wussten, wie sie sich ernähren sollten. Für diese Regierung mussten zwar alle einen Teil ihres Einkommens abführen, also Steuern bezahlen, aber vor allem die Reichen zogen aus der »Ordnung« großen Nutzen, denn nur so konnte ihr Besitz gesichert werden.

Die Wirtschaft unseres nun kapitalistisch geprägten Landes erlebte trotz der Armut eines Teils der Bevölkerung weitere Wachstumsschübe, vor allem dadurch, dass andere Länder auf anderen Kontinenten der Erde unterworfen wurden, teilweise ihre Produktionstechniken und ihre handwerklichen und landwirtschaftlichen Produkte angeeignet und ihre Menschen als billige Arbeitskräfte eingesetzt und oft sogar als Sklaven mißbraucht wurden. Die Nachbarstaaten machten dies ebenso. Alle hatten mehrere fremde Länder unterworfen, um sie auszubeuten; diese Länder wurden Kolonien oder Kolonialländer genannt. Trotz dieses gewaltsam erworbenen Reichtums gab es weiterhin eine große Anzahl von Menschen in unserer Volkswirtschaft, die in bitterer Armut leben mussten und besonders dann, wenn sie krank und alt wurden, ein unwürdiges Dasein fristeten.

Nach vielen Jahren der Demütigung der ärmeren Schichten kam es zu politischen Unruhen, die in manchen benachbarten Ländern zu einer Revolution führten, in der alle Reichen enteignet wurden. Aufgeschreckt durch diese Vorkommnisse besannen sich einige verantwortungsbewusste Menschen in unserer Volkswirtschaft und kamen zu dem Schluss, dass es so nicht weiter gehen konnte. Die ungerechte Zweiteilung in Reiche und Arme sollte durch den Grundsatz, dass Besitz verpflichtet, gelindert werden. Aus der kapitalistischen, freien Marktwirtschaft sollte eine soziale Marktwirtschaft hervorgehen, in der die Arbeiter Vereinigungen gründen durften, die mit den Unternehmern gerechte Löhne aushandelten und die Arbeitszeit regelten. Es wurden solidarische Versicherungen eingerichtet, die jedem bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter ein Auskommen sicherten. Die Unternehmer übernahmen die Hälfte der Kosten für diese Versicherungen.

Die Menschen waren wieder glücklich. Vielleicht nicht ganz so glücklich wie in der »guten alten Zeit«, bevor Helmut seine Bank gegründet hatte, aber das Leben war doch wieder sehr angenehm: Jeder, der Geld verdienen wollte, fand eine Arbeit, man konnte immer mehr Konsumgüter kaufen, und auch fürs Alter war gesorgt. Der Wirtschaftsmotor »brummte«. Immer mehr Konsumgüter wurden produziert, allerdings wurden hierzu immer mehr Energie und Rohstoffe verbraucht, was die Flüsse und die Luft merklich verunreinigte. Nach einiger Zeit wurden sogar die einstmals unterworfenen Länder auf anderen Kontinenten wieder in ihre Unabhängigkeit entlassen. Das Leben in der neu gewonnen Freiheit war für sie jedoch nicht leicht. Die alten Traditionen und Strukturen waren zerstört. An ihre Stelle war der Machtapparat der neuen Herren getreten, die jetzt wieder gingen. Sie hinterließen eine große Verunsicherung.

In unserer Volkswirtschaft gab es plötzlich eine große Aufregung. Einige weitsichtige Menschen vertraten die These, dass, sollten wir so weiter wirtschaften, uns eines Tages die Energie und die Rohstoffe ausgehen würden. Dies löste eine sehr kontrovers geführte Diskussion aus. Schließlich hat man aber diese Warnung nicht sehr ernst genommen und wirtschaftete im Wesentlichen weiter wie zuvor. Wenige Jahre später gab es jedoch eine weitere Diskussion. Wissenschaftler stellten fest, was viele schon geahnt hatten: Das Klima der ganzen Erde veränderte sich aufgrund der Verbrennungsgase aus Kohle, Erdöl und Erdgas und den Abgasen aus anderen chemischen und verfahrenstechnischen Prozessen. Sie forderten die Reduzierung des Energieverbrauchs – und zwar schleunigst! Auf der ganzen Erde wurde dieses Problem diskutiert. Man fasste viele gute Beschlüsse, wirklich verändert wurde jedoch fast nichts. Das Land mit der höchsten Energieverschwendung weigerte sich sogar beharrlich auch nur ein klein wenig seine Verschwendungssucht zu zügeln.

Etwa zur selben Zeit gab es noch weitere Diskussionen. Niemand wusste so recht warum, aber der Grundsatz »Besitz verpflichtet« wurde abgelöst durch einen anderen: »Leistung muss sich wieder lohnen.« Hatte sich Leistung in der zurückliegenden Zeit der sozialen Marktwirtschaft etwa nicht gelohnt? Die Verfechter des neuen Grundsatzes verlangten, dass die Gewinne der Besitzenden schneller steigen und weniger besteuert werden sollten, dass die Gewerkschaften weniger Einfluss bekommen und die sozialen Absicherungen, eine wichtige Errungenschaft der vorangegangenen Jahre, drastisch reduziert werden sollten. Sie nannten das: Jeder soll mehr Eigenverantwortung tragen. Gleichzeitig gab es in unserer kleinen Volkswirtschaft ein hohes Sparvolumen. Selbstverständlich sparten nicht die Menschen aus den unteren Einkommensschichten, sondern die Besserverdienenden und Wohlhabenden. Es wurde so viel Geldvermögen angehäuft, dass es im Inland nicht mehr investiert werden konnte. Die Besitzenden suchten Anlagemöglichkeiten im Ausland, wo größere Gewinne zu erzielen waren. Man sollte es nicht für möglich halten, aber das Geld wurde dort für einen Zinssatz von zehn Prozent, fünfzehn Prozent und mehr ausgeliehen. In einem Land wurden sogar hundert Prozent pro Jahr an Zinsen bezahlt. In welcher Not mussten Menschen sein, die diese Konditionen akzeptieren? Denn der Zins ging vom Lohn ihrer Arbeit ab, die sie für die Wertschöpfung erbringen müssen. Wieder andere Geldbesitzer legten ihr Geld spekulativ an. Sie setzten darauf, dass zum Beispiel das Geld eines Landes gegenüber dem Geld anderer Länder im Wert steigen oder fallen würde – je nachdem kauften oder verkauften sie diese Währungen. Geld war nicht mehr nur Zahlungsmittel, sondern Handels- und Spekulationsware.

Musste das nicht das Ende der zweiten glücklichen Periode unserer Volkswirtschaft bedeuten? Die Erfahrung aus der Zeit, als die erste Bank gebaut wurde und das Geld plötzlich nicht mehr reibungslos zirkulierte, zeigte doch, dass diese Entwicklung zu Arbeitslosigkeit und Elend führte. Was war plötzlich wieder in die Menschen gefahren? Warum diese Auflösung der Solidarität? Warum verabschiedeten sich immer mehr Besserverdienende aus dem solidarischen Versicherungssystem für Kranke, Alte und Arbeitslose? Die Unternehmen weigerten sich, weiter die Hälfte der Kosten zu tragen. Profitierten nicht auch sie von der guten Stimmung im ganzen Land während der zweiten, glücklichen Phase unserer Volkswirtschaft?

Das Sozialsystem sei nicht mehr bezahlbar, sagten die Reichen. Nicht mehr bezahlbar, obwohl viele immer reicher wurden. Wir aber wissen, dass man das Geld aus der Wertschöpfung, die aus Arbeit unter Verwendung natürlicher Ressourcen entsteht, nur einmal verteilen kann. Wenn die einen mehr bekommen, dann müssen die anderen mit weniger zufrieden sein. Das wussten die Menschen in unserer Volkswirtschaft auch, deshalb forderten die Reichen, dass die Lohnbezieher mit einer geringeren Entlohnung zufrieden sein sollten, denn dann würden alle wieder eine Arbeit finden.

Mit der Zeit wurde die Situation immer verrückter. Die Unternehmer begannen damit, die Produkte, die im eigenen Land verkauft werden sollten, gar nicht mehr von den eigenen Arbeitern herstellen zu lassen. Stattdessen bauten sie Fabriken in den ehemaligen Kolonialländern und bezahlten dort den Angestellten nur den zwanzigsten Teil des normalen Lohns im eigenen Land. Verkauft wurden die Produkte aber nicht dort, wo sie produziert wurden, denn die Bevölkerung hatte dafür gar nicht genügend Geld. Verkauft wurden die Produkte im eigenen Land, aber wesentlich teurer, als der Herstellungspreis das erfordert hätte.

Das nannte man Globalisierung. Durch die Globalisierung machten die Unternehmen zusätzliche Gewinne, aber von den eigenen Arbeitern wurden immer mehr arbeitslos. Dadurch hatten sie immer weniger Geld, um die angebotenen Waren zu kaufen und um das System der Sozialversicherungen zu finanzieren. Die Gesellschaft teilte sich nach und nach wieder in Klassen auf – diesmal in drei Gruppen. Die erste bestand aus den großen Profiteuren der Globalisierung, deren Einkommen und Gewinne durch die niedrigeren Herstellkosten in den Niedriglohnländern kräftig stieg. Die zweite Gruppe waren diejenigen, die nicht mit den Billiglöhnen konkurrieren mussten, weiterhin Beschäftigung hatten und durch die reduzierten Preise einen Vorteil genossen. Die dritte Gruppe, das waren die Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren oder deren Löhne auf Grund der Konkurrenz aus den Niedriglohnländern gesenkt wurden. Sie waren die Leidtragenden. Die ersten beiden Gruppen erzielten mehr oder weniger große Vorteile zu Lasten der dritten Gruppe.

Auch die Steuereinnahmen gingen immer weiter zurück, vor allem auch deshalb, weil die Unternehmer und Geldbesitzer den Regierungen drohten, ins Ausland zu abzuwandern, wenn für sie die Steuern nicht reduziert würden. Also wurden die Steuern reduziert, so sehr, dass die international tätigen Firmen in manchen Ländern gar keine Steuern mehr bezahlen mussten. Von den öffentlichen Einrichtungen und der Infrastruktur im Land, die von anderen Steuerzahlern finanziert wurden, profitierten sie aber weiterhin.

Die finanzielle Situation unserer Volkswirtschaft wurde immer prekärer. Der Staat und die Gemeinden konnten sich finanziell nur noch dadurch über Wasser halten, dass sie immer mehr von dem verkauften, was in der Zeit der sozialen Marktwirtschaft geschaffen worden war. Die öffentliche Hand musste ihren Besitz an die verkaufen, denen sie die Steuern erlassen hatte. Zuerst wurden die Kraftwerke an die Geldbesitzer verkauft, dann Teile des Telefon- und Datennetzes. Danach waren die Krankenhäuser dran, die Kläranlagen, die Wasserversorgung. Sogar Rathäuser und Schulen wurden verkauft. Andere Einrichtungen, für die es keine Käufer gab, wie zum Beispiel Hallenbäder, Sporthallen, Bibliotheken und Jugendhäuser, wurden geschlossen. Bei der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen wurden wichtige Prinzipien der Marktwirtschaft oft völlig außer Acht gelassen. Überall dort, wo es zu Monopolen oder monopol-ähnlichen Situationen kam, wie zum Beispiel bei der Wasserversorgung, beim Abwasser oder bei den Krankenhäusern, musste die Bevölkerung diese Entwicklung durch steigende Preise teuer bezahlen, denn die neuen Besitzer wollten mit dem investierten Geld Gewinne machen – und ohne Konkurrenz ist dies besonders leicht möglich. Die steigenden Preise trafen vor allem die unteren Einkommensschichten sehr hart.

Aus unserem abstrakten, vereinfachten Modell sind wir nun ganz allmählich in unsere Wirklichkeit hineingeschlittert. Die letzten Seiten beschreiben unsere traurige Realität. Auch die Szenarien der Privatisierung entsprechen dem, was sich zur Zeit abspielt und dem, was in aller nächster Zukunft auf uns zukommen wird.

Sieben wichtige Fragen:

1. Was treibt die Besitzenden zu dieser Habsucht?
2. Wie ist die Auflösung der Solidarität zu erklären?
3. Wie kommen gebildete Wirtschaftswissenschaftler und Politiker dazu, eine solche Entwicklung zu fordern und zu fördern?
4. Warum konnte eine volkswirtschaftliche Theorie, die über 25 Jahre hinweg die Probleme nachweisbar nicht lösen konnte, sondern die Polarisierung nur verstärkte, das Denken der Menschen in solchem Umfang beeinflussen und blockieren, dass selbst viele von denen, die unter dieser Entwicklung zu leiden haben, selbst von der Unabwendbarkeit ihres Schicksals überzeugt sind?
5. Wie kann es passieren, dass Politiker und Wähler den Ausverkauf des öffentlichen Besitzes akzeptieren, dass sie ihn als unvermeidbar hinnehmen oder sogar als die bessere Alternative darstellen?
6. Kurz gesagt: Wie ist diese Verblendung zu erklären?
7. Gibt es wirklich keine Alternativen?

Auf die ersten sechs Fragen habe ich keine gute Antwort, da bin ich sprachlos. Aber Alternativen gibt es sehr wohl. Einige möchte ich im Folgenden darstellen.

Aus Kapitel 5

Die ökologisch-soziale Marktwirtschaft

Der englische Mediziner und Ökonom Sir William Petty lebte im 18. Jahrhundert und schuf eine einfache Definition des Reichtums: »Die Arbeit ist der Vater und die Erde die Mutter des Reichtums«. Man könnte es auch so ausdrücken: Die Basis des Wohlstandes der Menschheit ist die Produktivität ihrer Arbeit und die Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen. Alles, was geschaffen und produziert wird, besteht aus natürlichen Ressourcen, die von Menschen mit Wissen und praktischen Fähigkeiten zu einem Produkt geformt werden. Ein Haus, eine Maschine, ein Spielzeug wird aus Rohstoffen von Menschen unter Verwendung von Energie hergestellt. Auch für Dienstleistungen sind diese »Produktionsfaktoren« erforderlich. Je fortgeschrittener das Wissen und je perfekter die Fähigkeiten der Menschen sind, desto mehr Werte können sie pro Zeiteinheit schaffen, desto höher ist auch ihr Lebensstandard und desto mehr Zeit haben sie zu ihrer freien Verfügung. Voraussetzung dafür bleibt die Verfügbarkeit der erforderlichen Ressourcen.

Auf dieser Einsicht sollte unser Wirtschaftssystem basieren. Das tut es aber leider nicht, wie wir in den ersten Kapiteln dieses Buches gesehen haben. Fangen wir also noch mal von vorne an: bei den Grundlagen der Volkswirtschaftslehre.

Die neue Produktionsfunktion

Erinnern Sie sich noch an die Definition der Produktionsfaktoren am Ende des 2. Kapitels? Verwendet wird die Produktionsfunktion in der Makroökonomie, und sie lautet wie folgt:

$$Y = f (K; A; T)$$

Das bedeutet: Das Volkseinkommen (Y) ist abhängig vom Einsatz der Produktionsfaktoren Kapital (K), Arbeit (A) und technischer Fortschritt (T). Diese Produktionsfaktoren werden auch als »knappe Güter« bezeichnet.

Zu Adam Smiths Zeiten waren die drei Faktoren noch Kapital, Arbeit und Boden gewesen. Man hatte damals dem technischen Fortschritt noch keine so große Bedeutung beigemessen, dafür aber, in einer Welt, die von Ackerbau und Viehzucht lebte, dem Boden. Adam Smith zog in Erwägung, die Zugtiere als vierten Produktionsfaktor aufzunehmen. Er verwarf diesen Gedanken jedoch wieder. Denn die Zugtiere, folgerte Smith, ließen sich mit den drei vorhandenen Produktionsfaktoren Boden (als Weide), Arbeit (Pflege und Aufzucht) und Kapital erklären; deshalb müsse man sie nicht als eigenständige Produktionsfaktoren aufführen.

Wie hätte sich die Ökonomie wohl entwickelt, wenn Smith auch erkannt hätte, dass das Realkapital in Wirklichkeit ebenfalls aus anderen Produktionsfaktoren besteht, nämlich aus Arbeit und natürlichen Ressourcen? Vielleicht wären dann Abschreibungskosten für den Natur- und Rohstoffverbrauch in den Kostenkalkulationen der Unternehmen eine Selbstverständlichkeit, so wie heute die Wertminderung des Realkapitals durch seinen Gebrauch in den Kosten berücksichtigt wird. Vielleicht hätte das Kapital nie seine heute so dominierende Bedeutung erlangt.

Die bisherige Definition der Produktionsfunktion hat drei gravierende Mängel. Erstens berücksichtigt sie nicht, dass die Ressourcen definitiv endlich sind. Tatsächlich sind die Ressourcen die einzigen knappen Güter. Ohne sie kann nichts produziert werden. Zweitens definiert sie das Realkapital als Produktionsfaktor, obwohl es tatsächlich aus den Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen besteht. Und drittens definiert sie Geld als Produktionsfaktor. Das ist eine Fehldefinition.

Schütteln sie den Kopf über diese Aussage? Das wundert mich nicht. Schließlich waren die Grundzüge dieser Definition einer der Eckpfeiler der Volkswirtschaftslehre der letzten 200 Jahre.

Um diese Thesen zu verifizieren und um die Produktionsfunktion neu definieren zu können, müssen wir die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge betrachten und analysieren.

In Abbildung 2 können Sie sehen, was sich in der Wirtschaft prinzipiell abspielt. Auch dieses ist allerdings ein höchst vereinfachtes Modell; die Aktivitäten der Wirtschaft werden in drei Gruppen zusammengefasst:

1. Produktionsgüterindustrie und Baugewerbe,
2. Forschung, Entwicklung und Produkt-Design
3. Produktion von Konsumgütern, Dienstleistungen und Handwerk.

Der Staat und die Außenwirtschaft kommen darin nicht vor, sonst würde die Darstellung zu komplex. Unter dem Produktionsfaktor Arbeit werden hier alle Arbeitskräfte vom Unternehmer bis zur Hilfskraft zusammengefasst. Der Produktionsfaktor »Natürliche Ressourcen« umfasst den Einsatz aller Ressourcen in Form von Energie und Materialien (Rohstoffe), einschließlich Boden, Wasser und Luft (Atmosphäre).

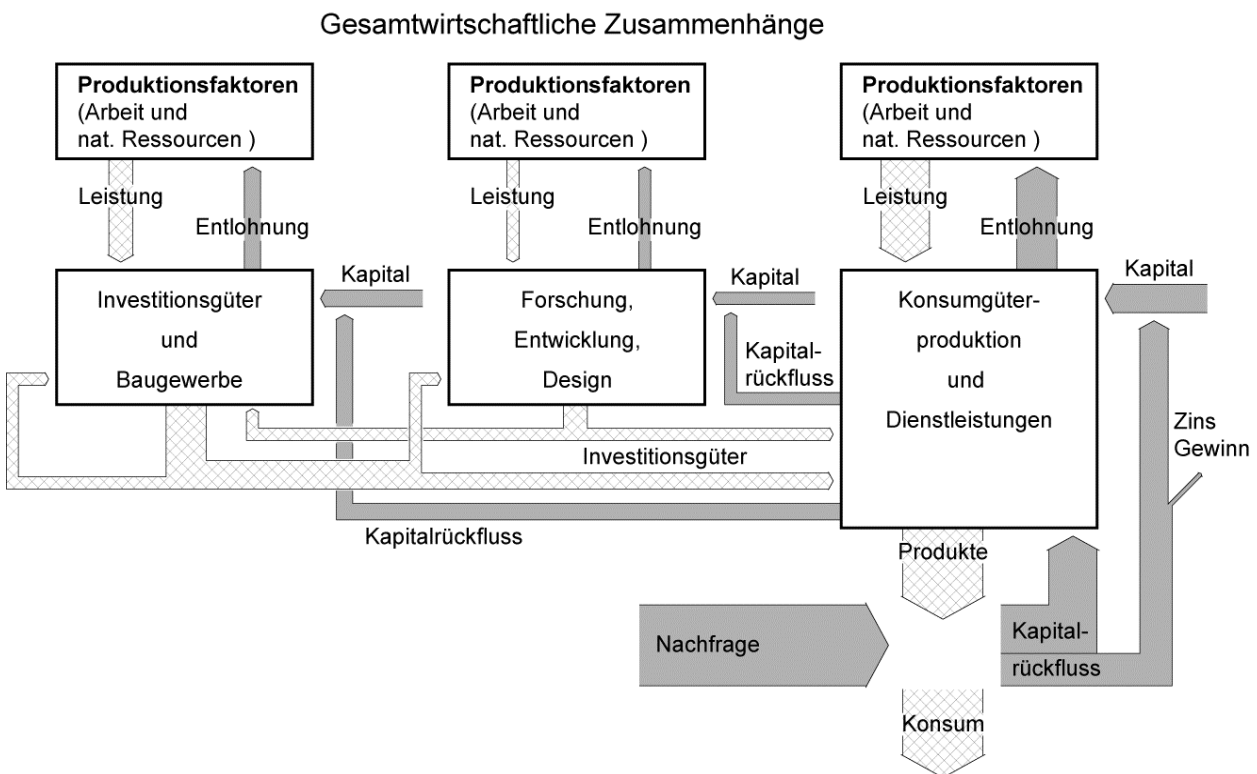


Abbildung 2

Die 3. Gruppe wird in der Graphik ganz rechts dargestellt. Es soll sich hier um einen Betrieb handeln, der ein Konsumgut herstellt: die Möbelwerkstatt Stuhlbein des Unternehmers Franz Brunnhuber.

Damit die Möbelwerkstatt Stuhlbein arbeiten kann, muss Brunnhuber zunächst investieren: Es müssen Entwürfe für neue Möbel gefertigt werden (Produktentwicklung), Gebäude und Maschinen müssen gebaut oder gekauft werden. Außerdem braucht Brunnhuber Produktionsfaktoren: zum einen Arbeit, die er entweder selbst leistet oder die er von seinen Angestellten kauft, zum anderen natürliche Ressourcen – in diesem Fall Holz, aber auch Energie (Strom) für die Maschinen. Mit und aus diesen Produktionsfaktoren kann das Produkt, also zum Beispiel ein Küchenstuhl, hergestellt werden.

Das linke Rechteck in der Graphik repräsentiert die Investitionsgüterindustrie und den Bausektor. Diese Gruppe erzeugt für die gesamte Wirtschaft alle Gebäude und Produktionseinrichtungen, also auch für sich selbst. In unserem Beispiel wird die Produktionshalle für die Möbelwerkstatt Stuhlbein errichtet, die Produktionsmaschinen hergestellt, z. B. eine Drechselbank und für den Designer ein Design-Computer. Letzterer gehört zur 2. Gruppe und ist im mittleren Rechteck dargestellt. Alle drei Gruppen benötigen für ihre Aktivitäten die Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen. Auch die Investitionsgüter werden ebenfalls aus und mit Produktionsfaktoren geschaffen. Eine Investition ist also nichts anderes als ein vorweggenommener Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen.

Sie werden einwenden, dass auch Kapital eingesetzt wird. – Dieser Einwand stimmt! Der Kapitaleinsatz wird ebenfalls in der Graphik dargestellt. Mit dem Kapital bezahlt Unternehmer Brunnhuber den Einsatz der Produktionsfaktoren beziehungsweise den vorweggenommenen Einsatz der Produktionsfaktoren – also die Investitionen. Die erste und zweite Gruppe bezahlt mit den Einnahmen jeweils ihre Kredite zurück. Brunnhuber bezahlt ebenfalls seine Kredite und sein eventuell verwendetes Eigenkapital zurück, sobald er genügend Küchenstühle verkauft hat. Er hätte diese Leistungen auch für Schuldscheine erhalten können, die er dann, wenn seine Möbelproduktion in vollem Gange ist, einlösen würde. Mit dem allseits akzeptierten Zahlungsmittel Geld tut er sich im Geschäftsleben allerdings mit Sicherheit viel leichter. Aber im Gegensatz zu den Produktionsfaktoren, geht das Kapital samt einer Entlohnung in Form des Zinses ganz an die Besitzer zurück. Es ist nicht Bestandteil des Produktes. Die einmal erbrachte Arbeitsleistung kann dagegen nicht wieder zurückgegeben werden, und auch der Verbrauch an natürlichen Ressourcen nicht. Beide sind in dem geschaffenen Produkt »aufgegangen«.

Um den Fluss und die Wirkung des Geldes besser verfolgen zu können, wollen wir die Darstellung vereinfachen. Da die drei Rechtecke eigentlich identisch sind, können wir sie zu einem einzigen Rechteck zusammenfassen – und erhalten so die Abbildung 3 (siehe Seite unten). Durch die Schraffur der Flusspfeile wird erkennbar, dass das Produkt, das zum Verkauf angeboten wird (ganz egal, ob es sich dabei um einen Küchenstuhl, eine Drechselbank oder eine investive Dienstleistung wie das Design eines neuen Möbelstückes handelt), ausschließlich aus den Produktionsfaktoren besteht: Es ist von Menschen aus und mit Rohstoffen und Energie hergestellt.

Geld wird bei einer Produktionsausweitung zunächst für Investitionen benutzt, also für den Einkauf des vorweggenommenen Einsatzes von Produktionsfaktoren. Und es wird für die Finanzierung des Einsatzes von Produktionsfaktoren gebraucht, bis der Kapitalfluss aus dem Verkauf der Produkte einsetzt. Im Lauf des Lebenszyklus eines Produktes wird das anfangs investierte Kapital aus dem Erlös der Produkte einschließlich der Zinsen zurückbezahlt. Wenn das gesamte fremde Geld zurückbezahlt ist, befindet sich also nur noch Geld im Umlauf, das durch die Aktivität der Produktionsfaktoren erwirtschaftet wurde. Wäre Unternehmer Brunnhuber mit Schuldscheinen gestartet, hätte er an diesem Punkt alle Schuldscheine eingelöst. Kapital, beziehungsweise Geld, ist also kein Produktionsfaktor. Es hilft nur dabei, den Einsatz von Produktionsfaktoren in Gang zu setzen. Es dient gewissermaßen der Überbrückung.

Realkapital besteht, wie wir gesehen haben, aus den Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen – es ist deshalb nicht richtig, es als eigenständigen Produktionsfaktor zu betrachten. Seine Gleichstellung mit den »Ur«-Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen ist ein Fehler, weil dies zu unpräzisen Schlussfolgerungen führt. Einer dieser falschen Schlüsse der Ökonomie ist die Ansicht, dass Arbeit durch Kapital ersetzt werden könne. Richtig ist, dass die Produktivität des Produktionsfaktors Arbeit durch seine intelligentere Verwendung und mit dem Einsatz natürlicher Ressourcen (also der Herstellung von Maschinen), unter Verwendung von Geld als Überbrückungshilfe, gesteigert werden kann. Im realen Wirtschaftsleben bedeutet das: Zur Planung und zum Bau von Maschinen müssen zusätzliche Arbeitskräfte eingesetzt werden. Doch später kann man mit den Maschinen unterm Strich mehr Arbeitskräfte einsparen, als zu deren Entwicklung und Herstellung gebraucht wurden.

Die neue Produktionsfunktion lautet also:

$$Y = f (A; R)$$

es nicht in praktisch unerschöpflich großer Menge gibt, bedeutet eine potentielle Wohlstandsminderung in der Zukunft. Jeder, der diese Ressource verwendet, eignet sich einen Teil des Bestandes an, auf den alle Menschen der heutigen und alle Menschen der zukünftigen Generationen dasselbe Anrecht haben. Gesteht man aber allen Menschen, den heutigen wie den künftigen, die gleichen Rechte zu, ist jeder Verbrauch dieser Rohstoffe problematisch. Man könnte zwar generell verbieten, die Rohstoffe zu nutzen – aber dann hat niemand etwas davon. Voraussetzung für das Recht, sich an den Rohstoffen bedienen zu dürfen, muss also eine verantwortungsvolle, sparsame Verwendung sein. Verschwendung jedoch ist nichts anderes als Diebstahl an der kommenden Generation und damit kriminell.

Wie eingangs schon angedeutet, ist bei der Nutzung von natürlichen Ressourcen auch auf eine zweite, wesentliche Komponente zu achten: Die Umweltverträglichkeit. Manche Rohstoffe sind praktisch unbegrenzt vorhanden und belasten bei ihrer Verwendung die Umwelt nicht – zum Beispiel Steine zum Schottern eines Weges. Dann gibt es Rohstoffe, zu deren Herstellung zwar Energie verbraucht wird, die aber immer wieder verwendbar sind – zum Beispiel die Metalle. Eine weitere Klasse von Rohstoffen sind jene, die es ebenfalls in quasi unerschöpflicher Menge gibt, deren Verarbeitung aber die Umwelt belastet – zum Beispiel die Verarbeitung von Kalkstein zu Zement. Bei diesem Verfahren wird eine große Menge an CO_2 freigesetzt. Besonders kritisch ist jedoch die Verwendung der vierten Klasse der Rohstoffe: Das sind jene, die nur in begrenzter Menge vorhanden sind und bei deren Verbrauch Schadstoffe freigesetzt werden – dazu zählen die fossilen Brennstoffe Erdgas, Erdöl, Kohle und Braunkohle. Diese Rohstoffe werden durch ihre Verbrennung nicht nur unwiederbringlich verbraucht, es entsteht dabei auch eine große Menge an CO_2 , insbesondere bei der Verwendung von Kohle. Schon eine geringe Veränderung des CO_2 -Anteils der Luft verändert die Funktion der Erdatmosphäre. Es kommt zum sogenannten Treibhaus-Effekt: Bei steigender CO_2 -Konzentration läßt die Atmosphäre die »kurzweilige« Strahlung der Sonne weiterhin zur Erdoberfläche durch. Trifft diese Strahlung auf die Erde, entsteht Wärme, die als langwellige Strahlung wieder ins Weltall abgestrahlt wird – aber nicht vollständig: Teilweise werden diese langen Wellen von der Atmosphäre wieder zur Erde zurückgestrahlt. Je höher die CO_2 -Konzentration in der Luft wird, desto weniger läßt die Atmosphäre die Wärme ins Weltall strahlen. Dadurch steigt die Temperatur auf der Erde. Es ist wie in einem Treibhaus. Neben dem CO_2 gibt es noch andere Treibhausgase – zum Beispiel Methan.

Der weltweite Verbrauch des Erdöls steigt immer noch an. Die Folge daraus ist nicht nur der immer schnellere Abbau der Depots. Vielleicht reichen die Reserven noch fünfzig bis siebzig Jahre. Ungefähr zur selben Zeit wird uns allerdings auch die zweite Folge der Erdölverschwendung treffen. Vielleicht auch viel früher. Eine Studie des US-Verteidigungsministeriums sagt voraus, dass der Klimawandel die Welt etwa um 2020 in zahlreiche Kriege stürzen wird.

Es ist vielleicht ein gutes Zeichen, dass sich die Regierungsbehörden der USA endlich dieses Problems bewusst werden. Bisher haben diese Erkenntnisse allerdings nicht dazu geführt, dass die US-Regierung handeln würde. Sie verweigert hartnäckig der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls, das sie zu einer moderaten Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen verpflichten würde. Ausgerechnet die Nation, die am meisten Erdöl verbraucht und CO_2 in die Atmosphäre bläst, will sich nicht am Schutz der Atmosphäre beteiligen. Gleichzeitig sichert sie mit einer unglaublichen militärischen Macht den Nachschub von allen Rohstoffen aus der ganzen Welt. Umso erstaunlicher ist die drastische Wortwahl des Pentagon-Papiers. Die USA können die Folgen der Verschwendung nicht mehr ignorieren: Die Klimakatastrophe, davon gehen die Pentagon-Strategen aus, ist eine Bedrohung der nationalen Sicherheit, welche jene, die durch den Terrorismus entsteht, noch übertrifft.

Die Studie beschreibt, was passiert, wenn der Nordatlantikstrom abreißt. Diese Ozeanströmung bringt warmes Wasser nach Europa. Durch die steigende globale Erwärmung, ausgelöst durch verstärkte Niederschläge und Schmelzwasser aus Grönland, wird sie schwächer. Auch die Gletscher der Alpen und des Himalaja schmelzen ab. Am Himalaja werden die meisten Gletscher zwischen 2030 und 2040 verschwunden sein. Seit den sechziger Jahren schrumpft das Eis des Kilimandscharo. Forscher der Ohio State University schätzen, dass es in 15 Jahren ganz abgeschmolzen sein wird. Seit 1978 ist die Dicke des arktischen Eises von 3 m auf 2 m

zurückgegangen. Nach Berechnungen des Nansen-Instituts in Norwegen könnte der Nordpol in 30 Jahren im Sommer eisfrei sein, was einen tiefgreifenden Einfluss auf das Klima der nördlichen Breiten haben wird. In einer Studie, die vom Land Baden-Württemberg in Auftrag gegeben wurde, geht man davon aus, dass in nur 50 Jahren in Süddeutschland etwa das heutige Klima der Po-Ebene herrschen wird. Die Wüste wird sich aus der Sahara heraus nach Süden immer tiefer in die Sahelzone ausdehnen und im Norden auf Südeuropa übergreifen.

Den Klimawandel können wir nicht mehr verhindern. Er hat bereits begonnen. Die Frage ist nur noch, ob wir ihn in seiner ganzen Wucht ertragen müssen oder ob wir ihn noch abschwächen und damit ein Überleben der Menschheit und der Tierwelt ermöglichen können. Die Zeichen dafür stehen nicht günstig. Was die USA machen und in ihrem Schlepptau in abgeschwächter Form auch wir Europäer, Japaner und all diejenigen, die unsere Verschwendung kopieren werden, ist nichts weniger als Diebstahl von Gemeineigentum und eine massive Gefährdung unserer Lebensgrundlage.

Der Kapitalismus hat uns verblendet, und wir wurden von der Wirtschaftswissenschaft auf falsche Fährten gesetzt. Was wir brauchen ist eine Umkehr in unserer wirtschaftlichen Zielsetzung.

Angesichts von Millionen von Arbeitslosen einerseits und einem Raubbau an den Ressourcen der Erde sowie der Überforderung der Aufnahmefähigkeit an Abgasen durch die Atmosphäre andererseits, ist es dringend geboten, dass wir unser Wissen nicht weiter zur Rationalisierung der Arbeitskräfte einsetzen, sondern zur sparsamen, verantwortungsbewussten Verwendung der natürlichen Ressourcen der Erde. In einer marktwirtschaftlich funktionierenden Wirtschaft müssen hierzu die Rahmenbedingungen anders, – richtig – gesetzt werden, sodass sich die treibenden Kräfte der Wirtschaft aus betriebswirtschaftlich rationalen Gründen zukunftsfähig verhalten.

Aus Kapitel 6

Die Grenzen der Aufbewahrungsfunktion

Der Besitz von Geld ist der Besitz eines Anrechts auf eine Leistung. Ich leiste etwas und erhalte dafür einen angemessenen Geldbetrag. Mit diesem Geld kann ich später eine andere, entsprechende Leistung kaufen. Die Leistung, die ich kaufe, kann wiederum nur von Menschen erbracht werden. Die Leistung kostet Zeit und ist abhängig von der Kapazität der Leistenden. Eine Leistung, die heute nicht nachgefragt wird und deshalb auch nicht erbracht werden kann, kann morgen nicht zusätzlich geleistet werden. Der Arbeitslose, dessen Arbeitskraft heute ungenutzt bleibt, kann an seinem zukünftigen Arbeitsplatz nicht zusätzlich das leisten, was er während der Zeit seiner Arbeitslosigkeit nicht geleistet hat. Die einmal ungenutzte Arbeitsleistung kann nie wieder nachgeholt werden. Wenn also viele für ihre Leistung Geld bekommen, dafür aber keine andere Leistung nachfragen, muss dadurch eine Nachfragerücke und Arbeitslosigkeit entstehen – insbesondere dann, wenn das Geld auch nicht anderen Menschen des gleichen Wirtschaftsraumes geliehen wird, damit diese eine zusätzliche Leistung anfordern können, oder wenn niemand das Geld ausleihen möchte, weil das Geldangebot schon zu groß ist und das Geld in der Folge gehortet, für Spekulationen verwendet oder ins Ausland verliehen wird. In dieser Situation befindet sich die deutsche Wirtschaft heute.

Viele Menschen in Deutschland haben ein gutes oder sogar sehr gutes Einkommen, einige sind wirklich reich. Es ist diesen Menschen aber nicht möglich, dieses ganze Geld auch wieder auszugeben: Die Nutzung von Konsumgütern kostet Zeit, da stößt jeder an seine Grenzen. Folglich sparen sie das Geld. Viele sparen auch aus Vorsicht, schließlich weiß niemand, wie lange er lebt und wie sich die Gesundheit entwickelt. Wenn man keine Nachkommen hat, erscheint es besonders wichtig zu sein, genug Rücklagen anzuhäufen. Zu viel sparen kann man ja nicht, das ist die verbreitete Ansicht. Kann man aber doch. Wie wir an unserem Lernmodell gesehen haben, kann jeder Wirtschaftsakteur nur das einnehmen, was andere ausgeben. Wenn viele ihr Geld nicht ausgeben, stagniert die Wirtschaft. Das geschieht umso schneller, je größer und je reicher die gesättigte Oberschicht ist und je ausgeprägter die Neigung der Menschen ist, zu sparen. Diese Neigung wird von unseren Politikern allerdings noch verstärkt und gefördert, zum Beispiel mit der

Einführung der Riester-Rente. Sie ist zwar als Anlageform nicht beliebt, hat aber dennoch als Startsignal für verstärkte, private Altersvorsorge gewirkt.

In den letzten Jahren ist das gesparte Geldvermögen in Deutschland exponentiell gestiegen. Allein das Geldvermögen der privaten Haushalte machte von 1992 bis 2000 einen Sprung von 2104 auf 3644 Milliarden Euro – das ist eine Steigerung von 73 Prozent in acht Jahren. Dazu kommen noch die Geldvermögen der Unternehmen und des Staates. Und in den letzten 3 Jahren, ist die Sparrate der privaten Haushalte von 9,6 Prozent auf 10,9 Prozent geklettert. Ein großer Teil dieser Vermögen dient der Alterssicherung. Dieser Anteil wird sich ausweiten, da dies allgemein empfohlen wird. Die klassische Alterssicherung, das Umlageverfahren, nach welchem das verteilt wird, was die aktuell Arbeitenden in die Rentenversicherung einzahlen, sei nicht mehr finanzierbar, heißt es.

Doch die neue kapitalgedeckte Alterssicherung birgt große Risiken.

Durch das Sparen für das Alter werden jetzt weniger Leistungen abgerufen – das »Anrecht« auf diese Leistungen wird für später aufbewahrt. Durch den Zins wächst es. Wenn die geburtenstarken Jahrgänge der fünfziger und sechziger Jahre ins Rentenalter kommen, werden sie ihre aufgesparten Anrechte auf Leistungen einlösen wollen. Die dann im Arbeitsleben aktiven Menschen verdienen ebenfalls Geld und erwerben damit Anrechte auf Leistungen. Auch sie werden einen Teil des Geldes sparen und damit auf die sofortige Leistung verzichten.

Da zu diesem Zeitpunkt aber je nach Zuwanderungsrate etwa acht bis zwölf Millionen weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter sind, müssten sie pro Person auf erheblich mehr Leistung verzichten als die geburtenstarken Jahrgänge das heute tun müssen. Ihre Sparrate müßte noch wesentlich höher liegen als unsere jetzt, sie müssten also stärker auf Konsum verzichten. Es ist aber nicht anzunehmen, dass sie das tun werden. Die Versicherungen können dann nicht mehr wie heute die Versicherungsleistungen mit dem Geld bezahlen, das sie als laufende Einzahlungen von Versicherungsprämien erhalten. Die Lebensversicherungen und Pensionsfonds müssen ihre Anlagen liquidieren, um ihre Versicherungsleistungen erfüllen zu können. Wegen des Bevölkerungsrückganges werden die Erlöse für diese Anlagen stark sinken, weil die Nachfrage fehlt – und zwar gleichgültig, ob die Spargelder in Immobilien oder Aktien angelegt sind. Zusätzlich werden die Preise für Konsumprodukte und Dienstleistungen steigen, denn die Alten mit ihrem angesparten Geld werden mit den Jungen mit ihrem frisch verdienten Geld um die angebotenen Leistungen konkurrieren.

Es kann aber immer nur die aktive Bevölkerung Leistungen erbringen – und diese ist dann zahlenmäßig wesentlich geringer als heute. Ihre Kapazität ist eingeschränkt. Preissteigerungen und ein erhebliches Außenhandelsdefizit sind die Folgen. Die künftigen Rentner werden für ihr heute gespartes Geld geringere Auszahlungen bekommen, aber zugleich höhere Preise bezahlen müssen. Besonders prekär wird die Lage für die Rentner, die keine private Vorsorge treffen konnten, weil sie ganz einfach nicht genug verdient haben. Sie werden sowohl unter den sinkenden Transferleistungen aus dem Umlageverfahren als auch unter den steigenden Preisen leiden. Aber auch die dann aktive Bevölkerung ist nicht zu beneiden. Sie wird trotz der Eigenvorsorge der Rentner immer noch sehr hohe Transferleistungen aufbringen müssen, vor allem wegen der Pensionszahlungen für Beamte. Zusätzlich müssen die künftig Arbeitenden die Preissteigerung verkraften.

Wie wir also ganz deutlich sehen, sind der Aufbewahrungsfunktion des Geldes Grenzen gesetzt. Der Glaube, dass wir die Probleme aus der demographischen Entwicklung durch Eigenvorsorge lösen können, ist ein Aberglaube. Das langfristige Aufsparen von Geldvermögen funktioniert nur, wenn die Bevölkerung wächst oder konstant bleibt. Dann funktioniert aber auch das Umlageverfahren. Es ist für diesen Fall besser, weil es nicht zu einer Stagnation aufgrund des systematischen, institutionalisierten Sparens führt.

Mit gerechten Steuern steuern

Wer zahlt schon gerne Steuern? Wohl niemand. Trotzdem sehen die meisten Menschen ein, dass Steuern für ein funktionierendes Gemeinwesen notwendig sind. Je gerechter die Steuern erhoben und je sinnvoller sie eingesetzt werden, desto höher ist ihre Akzeptanz. Was gerecht ist und sinnvoll, darüber streiten sich alle, von den Stammtischbesuchern bis zu den Bundestagsabgeordneten. Damit die Steuern möglichst gerecht erhoben werden können, haben sich zwei Prinzipien etabliert: das Äquivalenzprinzip und das Leistungsfähigkeitsprinzip. Nach dem Äquivalenzprinzip erhebt der Staat die Steuern und Abgaben von seinen Bürgern entsprechend den Leistungen, die sie vom Staat erhalten. Dieses Prinzip wird vor allem bei den kommunalen Abgaben angewendet. Auch die Kraftfahrzeugsteuer und zu einem gewissen Umfang die Mineralölsteuer unterliegen im Wesentlichen dem Äquivalenzprinzip. Das Leistungsfähigkeitsprinzip wird hauptsächlich bei der Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuer angewandt. Im Hintergrund dieses Besteuerungsprinzips steht die Idee, dass jeder Steuerzahler entsprechend seinem Einkommen ein relativ gleich großes Opfer bringen soll.

Wenn wir natürliche Ressourcen verbrauchen, bedienen wir uns aus dem Vorrat der Erde. Obwohl dieser begrenzte Vorrat eigentlich der gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Menschheit gehört, verschwenden wir diese Vorräte geradezu. Dadurch muten wir den kommenden Generationen große Belastungen zu. Deshalb sollten wir mit diesen Ressourcen äußerst sparsam umgehen. Für die Indianer in Nordamerika war es selbstverständlich, dass sie von der Natur und den Schätzen der Erde nur das nahmen, was sie dringend zum Leben brauchten. Leider konnte sich diese Ethik nicht gegen die Kultur des Weißen Mannes behaupten. Die kapitalistische, unersättliche Wirtschafts- und Lebensweise hat sich über die ganze Erde verbreitet. Es dämmert zwar mittlerweile auch unserem Kulturkreis, dass wir mit den Ressourcen wesentlich sparsamer umgehen müssen als bisher. Aber bis in Verträge und Gesetze, bis in unser konkretes, tägliches Handeln hinein hat sich diese Einsicht noch nicht durchgesetzt.

Die Ausbeutung der Ressourcen ist ein wesentlicher Bestandteil des kapitalistischen Systems. Um diese Ausbeutung zu beenden, könnte man also das kapitalistische System abschaffen. Das scheint allerdings kaum möglich zu sein. Der Kapitalismus befindet sich nicht auf dem Rückzug. Im Gegenteil: Er erobert gerade auch die letzten Winkel unserer Erde. Niemand hatte bisher eine funktionierende Alternative anzubieten. Die Möglichkeit eines radikalen Wechsels des Wirtschaftssystems ist in absehbarer Zeit nicht realistisch. Deshalb möchte ich in diesem Buch die Frage erörtern, ob es innerhalb des kapitalistischen Systems möglich ist, die Verschwendung der Ressourcen einzuschränken. Und wie kann man den Kapitalisten dazu bewegen, sein Verhalten zu verändern? Man ändert den Preis. Es gibt zwei Möglichkeiten, den Preis der natürlichen Ressourcen zu beeinflussen: die Kontingentierung und die Besteuerung der Ressourcen.

Kontingentierung. Bei diesem Verfahren muss für jede Ressource eine Menge festgelegt werden, die verbraucht werden darf. Da die angestrebte, geringe Menge in der Regel nicht sofort erreicht werden kann, muss man sich zu Beginn der Kontingentierung am aktuellen, weltweiten Verbrauch orientieren und sich dann Schritt für Schritt der gewünschten Verbrauchsmenge annähern. Die Kontingente können entweder kostenlos oder gegen eine einheitliche Gebühr ausgegeben werden. Jeder, der sein Kontingent nicht ausschöpft, hat die Möglichkeit, den nicht genutzten Anteil an einer Börse zu verkaufen. Der sparsame Umgang mit dem eigenen Kontingent würde so durch den Erlös an der Börse belohnt, eine Überschreitung des Kontingents müsste je nach Marktlage bezahlt werden. Allerdings werden bei diesem Verfahren, wie bei der Spekulation, die Gewinne privatisiert, der Verbrauch, also die Verluste an Naturkapital, aber sozialisiert. Nur, wenn die Kontingente gegen Gebühren vergeben würden, würde ein Teil der Erlöse zur Deckung des Verlustes verwendet. Ein weiterer Nachteil der Kontingentierung zeigt sich an den Schwierigkeiten, die bei der Durchsetzung des Kyoto-Protokolls auftreten. Mit diesem Protokoll soll ein globaler Handel von Emissionsrechten gestartet werden. Wer weniger Abgase produziert, als er eigentlich dürfte, soll diese Emissionsrechte an andere Nationen verkaufen dürfen. Zwar hat die Europäische Union schon ein eigenes Verfahren zum Emissionshandel festgelegt; dabei werden aber nur die Emissionen der Großverbraucher erfasst, was lediglich etwa einem Drittel der Gesamtemissionen entspricht. Wenn die Kontingentierung aber tatsächlich erfolgreich sein soll, dann muss sie für alle Schadstoffverursacher und alle Ressourcen und weltweit eingeführt werden. Und bis sich alle

Nationen auf so eine Regel geeinigt haben, kann noch sehr viel Zeit vergehen – wenn es überhaupt möglich ist.

Ressourcensteuer. Das Äquivalenzprinzip wird zur Zeit nur bei der Bezahlung von Leistungen des Staates angewandt. Dieses Prinzip könnte man jedoch auch auf andere Leistungen ausdehnen, zum Beispiel auf die Leistungen der Natur. Dabei wäre es gleichgültig, ob es sich dabei um aktuelle Leistungen handelt oder um solche, die in früheren Perioden entstanden und in der Erde gespeichert sind. Durch eine äquivalente Besteuerung der natürlichen Ressourcen würden diese teurer. Diese Preissteigerung würde die Wirtschaftsakteure dazu bringen, sich Gedanken über die Rationalisierung des Einsatzes natürlicher Ressourcen zu machen – mit der Konsequenz, dass in Zukunft weniger verbraucht wird. Da die Wirtschaft auf plötzliche und einschneidende Veränderungen nicht reagieren kann, müsste man diese Steuern schrittweise und mit vorher angekündigten Zielmarken einführen. Die Wirtschaft sollte sich auf die zukünftige Situation rechtzeitig einstellen können.

Die Ressourcensteuer hat gegenüber der Kontingentierung wesentliche Vorteile. Sie kann den Verbrauch von Ressourcen zwar auch nicht rückgängig machen oder kompensieren, aber ihre Erlöse kommen der Allgemeinheit zugute und nicht nur einigen Individuen. Sie ist auf alle Ressourcen und alle Verbraucher anwendbar und nicht nur für einige Großemittenten, wie bei der Kontingentierung des CO₂ Ausstoßes. Da alle Ressourcen besteuert werden, wird es nicht zu Ausweichmanövern kommen, wie dies bei der CO₂ Kontingentierung zu erwarten ist, sie birgt die sehr große Gefahr, dass einfach von fossiler Energie auf Atomstrom ausgewichen wird. Zudem ist die Einführung einer Ressourcensteuer auch regional möglich. Die Ressourcensteuer kann durch die Reduzierung anderer Steuern, zum Beispiel der Lohnsteuer und der Sozialabgaben, kompensiert werden. Dadurch würde sie nicht erhöhend auf die Gesamtkosten wirken. Wie ich später noch ausführen werde, wäre eine solche Kompensation sogar vorteilhaft.

Eine Ressourcensteuer wäre von allen Steuern die gerechteste. Sie wird für die Nutzung von Gütern erhoben, auf die alle Menschen das selbe Anrecht haben. Es ist sogar ungerecht, keine Ressourcensteuer zu erheben. Denn aus der Nutzung der Gemeingüter erwirtschaften einzelne Individuen einen Gewinn und belasten dabei die Umwelt – warum sollten sie dafür nicht bezahlen? Die Erhebung von Steuern für die Nutzung von natürlichen Ressourcen aller Art hat daher aus Gründen der Gerechtigkeit höchste Priorität. Ob das auch für die Steuern gilt, die bereits erhoben werden, soll im nächsten Abschnitt erläutert werden.

Aus Kapitel 7

Mit Vollgas in die Staatsverschuldung

Es hat bisher in Deutschland nur ein einziges Mal geklappt, eine Konjunkturkrise »lehrbuchmäßig« zu überwinden – nämlich beim allerersten Mal. Bei den Konjunkturbrüchen durch die Ölkrisen machten die Regierungen schon zu viele begleitende Fehler, so dass die Wirkung der Maßnahmen zur Konjunkturstützung durch andere Einflüsse überlagert wurde und zuletzt einfach verpuffte.

In den achtziger Jahren entschloss man sich, ein gemischtes Konzept aus Keynesianismus und neoliberalen Monetarismus anzuwenden. Eine krude Mischung, die nicht funktionieren konnte: Einerseits wurde durch Nettokreditaufnahmen der öffentlichen Haushalte von jährlich dreißig bis sieben Milliarden DM entsprechend den Empfehlungen von Keynes versucht, durch Stärkung der Nachfrage die Konjunktur anzukurbeln. Gleichzeitig folgten die Wirtschaftspolitiker den Empfehlungen der wieder neu entstandenen neoklassischen-neoliberalen Theorien und stärkten durch Steuersenkungen die Angebotsseite. Die kombinierte Anwendung beider Theorien beschleunigte die Verschuldung: Der Staat gab immer mehr Geld aus und nahm immer weniger ein.

An dieser Strategie hat sich im Grunde bis heute nichts geändert. Man muss sich das einmal vorstellen: Da wird seit zwanzig Jahren mit der gleichen Strategie versucht, die Probleme zu lösen – ohne Erfolg. Dennoch kommt man nicht auf die Idee, sich einmal kritisch zu fragen, ob vielleicht

an den auch von wissenschaftlichen Gutachtern empfohlenen Lösungsansätzen etwas nicht stimmt.

Ein vorübergehendes »deficit spending« des Staates ist nur dann sinnvoll, wenn die Konsumzurückhaltung eine vorübergehende Erscheinung ist oder durch einen externen Schock hervorgerufen wird und zu erwarten ist, dass sich die Konjunktur danach wieder normal entwickeln wird. Die Wiedervereinigung beispielsweise war ein gewaltiger, externer, wirtschaftlicher »Schock«, der selbstverständlich besondere Maßnahmen rechtfertigte und erforderte, auch eine vorübergehende Staatsverschuldung. Wenn die lahmende Konjunktur nicht nur vorübergehender Natur ist, dann sind andere Maßnahmen erforderlich. Das war offensichtlich schon in den achtziger Jahren der Fall und erst recht in den letzten zehn Jahren. Die zweite Ölpreiserhöhung kam in den Jahren 1979-1981. Es war ein »gedämpfter Schock«, denn die Erhöhung erfolgte schrittweise: Von 1978 bis 1979 stieg der Ölpreis um 27,7 Prozent, von 1979 bis 1980 um 64,4 Prozent und von 1980 bis 1981 um 37,1 Prozent. Von 1981 bis 1985 blieb der Preis konstant. Im Jahr 1986 sank er um 56,6 Prozent und erreichte damit genau das Preisniveau von 1979. In den Jahren 1987 und 1988 wurde das Öl noch billiger, 1988 lag der Ölpreis um 2,3 Prozent unter dem Preisniveau von 1978. Da aber inzwischen das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland von 656,3 Milliarden Euro auf 1071,7 Milliarden Euro gestiegen war, entsprach dieses Preisniveau einer relativen Preisreduzierung gegenüber dem Wert von 1978 um 38,3 Prozent.

Trotz dieses »externen Konjunkturprogramms« durch geringere Öleinfuhrkosten in Höhe von 42,8 Milliarden DM im Jahr 1986 und trotz einer weiteren Nettokreditaufnahme der Öffentlichen Haushalte in Höhe von 41,5 Milliarden DM stellte sich nur ein Wachstum von 2,3 Prozent ein. Nach den Erfahrungen von 1967-1968 hätte sich mit diesem gewaltigen Konjunkturprogramm ein deutlich höheres Wachstum einstellen müssen. Wenn nicht »im ersten Jahr«, dann zumindest im zweiten. Ich habe »im ersten Jahr« in Anführungszeichen gesetzt, weil es ja nicht das erste Jahr nach dem Ende des Ölschocks war, sondern in Wirklichkeit schon das fünfte. Eigentlich hätte sich unter diesen Bedingungen der Konjunkturmotor überhitzen müssen. Das war aber nicht der Fall. Im darauf folgenden Jahr, in dem der Ölpreis sich um weitere 9,2 Prozent reduzierte und in dem die Nettoneuverschuldung sogar noch auf 48,7 Milliarden DM ausgeweitet wurde, sank das Wachstum auf 1,5 Prozent. Erst nach einem weiteren Jahr, mit erneuter Ölpreissenkung um 15,8 Prozent und weiterer Steigerung der Nettoneuverschuldung auf 55,7 Milliarden DM (2,6 Prozent des Bruttosozialprodukts), wuchs die Wirtschaft um 3,7 Prozent. Selbst im achten Jahr nach Abschluss der Ölpreissteigerung in den Jahren von 1979 bis 1981 betrug die Nettoneuverschuldung immer noch 29 Milliarden DM. Da die Weltkonjunktur Ende 1989 einbrach, kann man annehmen, dass schon im nächsten Jahr erneut eine Ausweitung der Nettoneuverschuldung erforderlich gewesen wäre. Beweisen kann ich das jedoch nicht.

Tatsache ist aber, dass in den acht Jahren nach der zweiten Ölpreissteigerung der Schuldenstand der öffentlichen Hand von 287 Milliarden Euro auf 487 Milliarden Euro angestiegen war. Wenn man zur Überwindung des Ölpreisschocks von seinem Beginn an fünf Jahre ansetzt, dann kann man die wirtschaftlichen Bedingungen ab 1984 als ganz normal bezeichnen, was die Lage jedoch nicht richtig beschreibt: Durch die Ölpreissenkungen nach 1985 waren die wirtschaftlichen Bedingungen sogar besonders günstig. Aber selbst unter diesen sehr günstigen Voraussetzungen stieg die Verschuldung in sechs Jahren um 136 Milliarden Euro. Das ergibt bei einem günstigen Kreditzins von sieben Prozent eine zusätzliche Belastung von 9,5 Milliarden Euro pro Jahr.

Das gewünschte Wachstum konnte unter normalen oder sogar günstigen Bedingungen nur mit einer massiven Neuverschuldung erreicht werden. Diese Tatsache beweist, dass unsere Volkswirtschaft seit den achtziger Jahren in einer Sättigungsphase steckt.

Die Entwicklung von 1995 bis heute zeigt dasselbe Bild wie jene der achtziger Jahre. Trotz einer Nettoneuverschuldung von 65,5 bis 109,5 Milliarden DM pro Jahr wurde nur ein geringes Wachstum erreicht, und das, insgesamt betrachtet, unter normalen bis günstigen äußeren Bedingungen. Die Ausgaben für Zinsen steigen so in jedem Jahr, wieder auf der Basis von 7 Prozent Kreditzins, um 2,2 bis 3,9 Milliarden Euro pro Jahr. Das fortgesetzte Anhäufen von Schulden ist eine zusätzliche Belastung für die Kinder, die zwar nichts von ihren Eltern, sondern

nur die Staatsschulden erben. Mit dieser Ungerechtigkeit sollte sich eigentlich das Bundesverfassungsgericht beschäftigen. Es bleibt jedenfalls festzustellen: Unter normalen Bedingungen, also ohne externe Schocks, stellte sich in den letzten 20 Jahren ein »befriedigendes« Wachstum nur dann ein, wenn sich der Staat laufend zusätzlich hoch verschuldete. Selbst mit immenser staatlicher Verschuldung bleibt das Wachstum unter dem gewünschten Wert.

Von wem jedoch nimmt der Staat diese riesigen Kredite auf? Überwiegend von inländischen Bürgerinnen und Bürgern. Also von Teilnehmern unserer Volkswirtschaft, die dieses Geld weder für den Konsum noch für Investitionen benötigen, zumindest nicht jetzt. Auch andere Teilnehmer des Wirtschaftslebens benötigen es nicht, sonst würde nicht so viel Geld in die internationalen Finanzmärkte drängen. Im Jahr 2002 weist die Kapitalbilanz ein Defizit von 86,1 Milliarden Euro aus, das heißt es sind 86,1 Milliarden Euro mehr von Deutschland ins Ausland geflossen als vom Ausland hereinkamen, und das, obwohl die Bilanz der Direktinvestitionen mit 6,9 Milliarden Euro positiv war. Die Kapitalbilanz wird vor allem durch 88,7 Milliarden Euro an kurzfristigen Krediten ins Ausland geprägt (mehr dazu in Kapitel 8). Liquidität ist also im Überfluss vorhanden.

Wenn dieses Geld nicht für privaten Konsum oder für Investitionen gebraucht wird, dann bedeutet dies, dass es zumindest partiell eine Konsumsättigung gibt, und/oder dass aus Angst, aus Vorsicht oder allgemein zur Zukunftssicherung gespart wird. Es handelt sich dabei nicht um eine vorübergehende Erscheinung, das wurde in den letzten zwanzig Jahren deutlich. Wenn das so ist – und daran bestehen kaum noch Zweifel –, dann unterliegt der Staat einem Irrglauben, wenn er meint, durch eine »vorübergehende« Verschuldung die Wirtschaft wieder ankurbeln zu können. Das ist ein Trugschluss. Wenn es ein Dauerzustand ist, dann ergibt es noch weniger Sinn, unablässig überschüssiges Geld per Kredit aufzunehmen und wieder in die Wirtschaft zurückzuschicken. Dies führt in die Schuldenfalle.

Wenn wegen Zukunftsängsten mehr gespart wird, als man das eigentlich möchte, dann muss es das Ziel der Politik sein, diese Ängste in Zukunftshoffnung und Zukunftsglauben umzuwandeln. Das ist nicht unmöglich. Die laufende Erhöhung des Schuldenberges wirkt jedoch mit Sicherheit nicht vertrauensbildend. Und wenn es in Bereichen unserer Gesellschaft eine Konsumsättigung gibt, und es gleichzeitig viele Menschen gibt, denen das Geld für einen »angemessen« Konsum fehlt, dann muss die Politik dafür sorgen, dass sich die Entlohnung der Akteure der Wirtschaft strukturell ändert. Was genau zu tun ist, soll in einem späteren Kapitel näher beleuchtet werden, aber eines möchte ich bereits hier feststellen: Die Politik der steuerlichen Entlastung der transnationalen Konzerne und der Spitzenverdiener, sowie die Nachsicht bei der Steuerhinterziehung von Einkommen aus Geldvermögen und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, sprich Lohnkürzung, ist ein fundamentaler Irrweg. Die Lösung liegt genau in der entgegengesetzten Richtung.

Endstation Privatisierung

Seit zwanzig Jahren führen die immer gleichen Lösungsansätze nicht zum Erfolg. Trotzdem werden es alternative Empfehlungen noch eine gute Weile schwer haben, ernsthaft in Betracht gezogen zu werden. Vorläufig wird der Zug weiterfahren, immer schneller in Richtung weiterer Verschuldung – bis zur Endstation Zahlungsunfähigkeit. Dann werden Notverkäufe und Privatisierung auf breiter Front einsetzen. Das ist keine Schwarzmalerei, sondern die von vielen gewollte Zukunft. Im Wahlprogramm der CDU-CSU für die letzte Bundestagswahl 2002 heißt es zum Beispiel: »Privatisierung und Marktöffnung werden der unternehmerischen Initiative mehr Raum verschaffen. Dies gilt insbesondere für den Post- und Telekommunikations-, den Verkehrs- und den Ver- und Entsorgungsbereich. Zukunftsträchtige Branchen brauchen freie Betätigungsfelder, nicht enge Nischen. Dann entwickeln sie ungeahnte Beschäftigungsmöglichkeiten, neue Berufe und technologische Hochleistungen.«

Da Bahn, Post, Telekom und die Stromkonzerne bereits privatisiert sind, kann die Union eigentlich nur noch Gas, Wasser und Abwasser gemeint haben. Da soll mir aber bitte mal jemand verraten, welche »ungeahnten Beschäftigungsmöglichkeiten, neuen Berufe und technologischen

Hochleistungen« hier zu erwarten sein sollen! Das ist doch alles nur heiße Luft. In diesen Bereichen ist keine Konkurrenz möglich. Beim Wasser gibt es kein Verbundnetz, und wenn es eines gäbe, wären verschiedene Wasserqualitäten nicht ohne weiteres mischbar, weil dies die Rohre angreift. Außerdem ist die Wartung des Wasser- und Abwassernetzes sehr aufwändig. Beim Abwasser ist eine Monopolsituation total unumgänglich. Überall, wo sich Monopole bilden können, führt dies zu überhöhten Gewinnen. Und da der Konkurrenzdruck fehlt, wird die Effektivität nicht höher sein als bei staatlichen oder kommunalen Betrieben. Die Preise werden also steigen, weil die Investoren im Gegensatz zu kommunalen oder staatlichen Betrieben natürlich kräftige Gewinne einstreichen wollen. Die werden sie aufgrund der Monopolstellung auch erzielen – zu Lasten der davon abhängigen Verbraucher. Genau das ist zum Beispiel in Frankreich eingetreten. Dort sind etwa siebenzig Prozent der Wasserversorgung privatisiert. In diesen privatisierten Wasserversorgungen sind die Wassergebühren und die Anschlußkosten wesentlich höher als bei den kommunalen Versorgungen.

Nicht anders ist die Situation bei der Privatisierungswelle im Gesundheitsbereich. Wenn alle Krankenhäuser einer Großstadt oder eines Kreises vom selben Privatunternehmen betrieben werden, dann hat dieses Unternehmen ebenfalls eine Monopolstellung, denn in aller Regel werden Patienten in das nächstgelegene Krankenhaus eingewiesen; dies ist wegen der Besuche und Betreuung durch die Angehörigen auch im Sinne der Patienten. Die Gewinne der in Monopolstellung betriebenen Krankenhäuser müssen die Angestellten, die Patienten und die Krankenkassen bezahlen – also alle Bürgerinnen und Bürger, die Beiträge entrichten.

Sehr bedenklich wird es, wenn Städte und Gemeinden damit beginnen, ihre Immobilien zu verkaufen, um finanziell überleben zu können. Das ist so, als wenn eine Familie ihr Haus, in dem sie seit vielen Jahren wohnt, das vielleicht schon abbezahlt war oder das sie geerbt hat, verkaufen muss, um ihre Schulden zu tilgen, dann aber weiterhin im Haus wohnen bleibt und an den neuen Besitzer Miete bezahlt. Das kann nur bei Insolvenzen passieren oder wenn sehr viel Geld im Glücksspiel vertan wurde. Bei Kommunen ist das wohl ein in der Geschichte unseres Landes einmaliger Vorgang. Mir ist wohlbekannt, dass dies bei den gegebenen Rahmenbedingungen für die Städte kostengünstiger ist, weil der neue Besitzer durch Buchungsverluste Steuern sparen kann. Da er aber unter dem Strich einen Gewinn macht, wird auch in diesem Fall der Verlust sozialisiert, denn der privatisierte Gewinn muss zwangsläufig durch die höhere Besteuerung anderer Steuerzahler ausgeglichen werden. Wenn heute noch keine höheren Steuern erhoben und dafür mehr Schulden aufgenommen werden, dann werden die Steuern später eben noch höher sein müssen, weil dann auch noch Zinsen angefallen sind. Was sich hier abspielt, kann man wirklich nicht als rationales Handeln bezeichnen. Es ist der reine Wahnsinn.

Noch mehr Grund zur Sorge gibt es, wenn Schulen privatisiert werden. Bis heute sind Schulen noch in geringem Umfang kommerziell privatisiert, nur bei Fachhochschulen gibt es erste Anfänge. Die Betonung liegt hier auf dem Wort »kommerziell«. Ich meine nicht die vom Staat unterstützten, in privater Trägerschaft geleiteten Schulen, also von Kirchen oder gemeinnützigen Vereinen, wie zum Beispiel die Waldorfschulen, die nicht die Erwirtschaftung von Gewinn zum Ziel haben. Ich meine Schulen, die aus kommerziellen Gründen, also zur Gewinnerzielung, betrieben werden. Das wird kommen.

Ein Anfang ist in Bremen gemacht worden. Dort wurden die Schulgebäude und Sportstätten an eine GmbH überschrieben, die bis jetzt zwar noch der Stadt Bremen gehört, es war jedoch beabsichtigt, diese GmbH zu gegebener Zeit an Investoren zu verkaufen. Nur massive Proteste der Bevölkerung haben die Bremer Regierung davon vorerst abgebracht, aber das kann sich rasch ändern. Jetzt plant die Bremer Bildungsbehörde, die Beruflichen Schulen, Sonderschulen und Erwachsenenschulen in der GmbH zusammenzufassen. Ziel ist es, durch die Auslagerung behördlicher Leistungen kurze Entscheidungswege und geringere Kosten zu erreichen. Jede Schule hätte dann ihr eigenes Budget. Die Behörde rechnet damit, dass die GmbH nach zwei Jahren Gewinne erwirtschaftet. »Aber wo sollen die denn bitte herkommen?«, fragt Helmut Zachau, Mitglied im Arbeitskreis der Direktoren der Beruflichen Schulen in Bremen, in der dortigen Lokalausgabe der taz. »Die wären doch nur durch Personalabbau zu finanzieren.« Für die erhofften Gewinne müssten nach seiner Rechnung 160 Lehrerstellen dran glauben.

Es ist das erklärte Ziel der WTO, im Rahmen der GATS-Verhandlungen, die Möglichkeit zur Privatisierung aller öffentlichen Dienstleistungen durchzusetzen. Das Ziel ist die Umverteilung von unten nach oben. Die Strategie dafür ist klar, sie soll mit zwei Schritten umgesetzt werden:

1. Durch die Liberalisierung der Finanzmärkte haben die Besitzenden die Möglichkeit erhalten, ihr Kapital dort einzusetzen, wo sie damit die höchsten Gewinne erzielen können. Die Staaten wurden dadurch zum Steuerdumping gezwungen. Wollen sie, dass Kapitaleigner ihr Geld bei ihnen anlegen, müssen sie sich am großen Wettrennen um die niedrigsten Unternehmens- und Gewinnsteuern beteiligen. Mit den Steuersenkungen auf Gewinne aus Unternehmen und Vermögen steigen die Gewinne der Anleger weiter. Die Staaten gleichen ihre Steuerausfälle zum Teil durch die Aufnahme von Krediten aus, was die Gewinne aus Geldvermögen noch weiter erhöht. Zusätzlich werden die Steuerausfälle durch höhere Steuern aus Arbeitseinkommen erhöht. (Abbildung 9) Dies verteuert den Kostenfaktor Arbeit, was die Unternehmen durch Rationalisierung, Produktionsverlagerung in Billiglohnländer und durch die Forderung nach Lohnverzicht und Sozialabbau kompensieren.

2. Nachdem klar ist, dass eine weitere Verschuldung des Staates nicht möglich ist, bieten sich die Unternehmen an, bisher öffentlich geleistete Dienste künftig in privater Regie zu betreiben. Sie versprechen, die Dienstleistungen selbstverständlich wesentlich effizienter anzubieten als staatliche Dienststellen. In einigen Fällen mag das tatsächlich möglich sein, vor allem dort, wo eine Konkurrenzsituation aufgebaut werden kann wie bei den Kommunikationsdiensten. Überall dort, wo kein Wettbewerb möglich ist, wird die Monopolstellung jedoch zu Preissteigerungen führen, da der Anreiz für die Effizienzsteigerung fehlt und zusätzlich Gewinne abgeschöpft werden.

Die unerklärte, aber dennoch völlig klare Absicht der Privatisierer ist leicht zu verstehen: Wenn es in den traditionellen Branchen der privaten Wirtschaft zu Tendenzen der Konsumzurückhaltung kommt und deshalb die Gewinnaussichten sinken, dann müssen neue Branchen in die private Wirtschaft übernommen werden, und zwar vor allem solche, bei denen keine Konsumzurückhaltung zu erwarten ist, weil sie lebensnotwendig sind. Besonders attraktiv sind die Branchen Wasserver- und Abwasserentsorgung und auch das Gesundheitswesen.

Und die Bildung? Vielleicht haben auch Sie Probleme, sich vorzustellen, unsere Schulen könnten vielleicht schon in zehn bis fünfzehn Jahren von einer Firma wie Bertelsmann in privater Regie betrieben werden. Ich eigentlich auch. Aber wer hätte vor zwanzig Jahren gedacht, dass unsere Wasserversorgung schon bald an die RWE oder die EN BW verkauft würde, weil die Städte kein Geld mehr haben? Hätten Sie das für möglich gehalten? Ich nicht. Und heute ist es Realität. Es ist ebenso eine Tatsache, dass es heute starke Bestrebungen gibt, auch die Schulen zu kommerzialisieren. Beim aktuellen Tempo der staatlichen Verschuldung und dem Galopp in die finanzielle Handlungsunfähigkeit wird dieser nächste Schritt nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Lehrer haben dann vielleicht nur noch einen Zeitvertrag und werden nach »Leistung« bezahlt. Prima, werden da manche sagen, endlich! Die Frage ist nur, wie diese Leistung bemessen wird? Sind Lehrer leistungsfähig, wenn sie die »richtige« Ideologie und das »richtige« Verständnis über die wirtschaftlichen Zusammenhänge vermitteln?

Wenn neben den Medien auch Universitäten, Hoch- und Fachschulen, Gymnasien, Real-, Haupt- und Grundschulen privatisiert sind, dann gnade uns Gott, dann ist Orwell nicht mehr weit. Und Bildungschancen haben dann nur noch Kinder reicher Eltern.

Wir können noch abwenden, was uns hier droht.
Aber wir müssen dagegen aufstehen.
Nicht irgendwann.
Jetzt.

Wirtschaftspolitik in Zeiten des demographischen Wandels

Die Konjunktur der Geburtenrate: Wir werden weniger

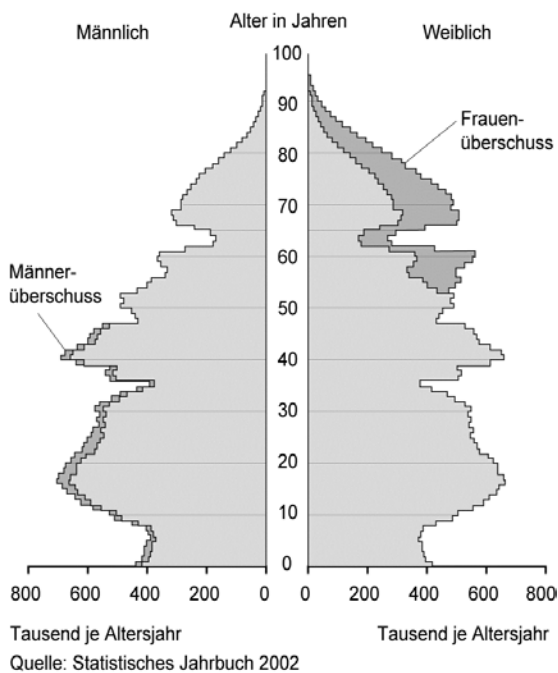
Seit dem Ende der sechziger Jahre sinkt die Geburtenrate in den westlichen Industrienationen, so auch in Deutschland. Die jungen Menschen, und vor allem die Frauen der späten sechziger Jahre, hatten sich eine neue Freiheit erkämpft. Sie wollten ihr Leben nicht mehr allein hinter dem Herd und mit der Erziehung der Kinder verbringen, sondern sich ausbilden, arbeiten, kurz: Sie wollten sich selbst verwirklichen. Die neu entdeckte Verhütungspille erlaubte ihnen, ohne das Risiko einer Schwangerschaft ihre Sexualität auszuleben. Die alten Rollenmodelle funktionierten nicht mehr. Die Gesellschaft war eine andere geworden. Einmal abgesehen von der Änderung der Mode, der Kultur, der Politik und des Lebensgefühls zeigt sich dieser tiefgreifende Wandel vor allem in einer Tatsache: Wir werden weniger (Abbildung 13 und 14).

Stimmt der Satz: Weniger Menschen konsumieren auch weniger? Das werden wir noch sehen. Sicher war nur eines: die Struktur des Konsumverhaltens änderte sich mit der Zahl der Konsumenten. Manche hatten richtig Angst vor diesem Strukturwandel, vor allem jene, die ihr Geld mit Kindern verdienen. Die Spielzeugindustrie fürchtete den großen Umsatzeinbruch. Er ist ausgeblieben, denn die wenigen Kinder von heute bekommen wesentlich mehr Spielzeug und Geschenke als die vielen Kinder der fünfziger und sechziger Jahre. In anderen Bereichen brach die Nachfrage tatsächlich ein. Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre gab es viele arbeitslose junge Lehrer, die, gerade mit der Ausbildung fertig, nicht in den Staatsdienst übernommen wurden. In den achtziger Jahren drängten die geburtenstarken Jahrgänge der fünfziger und sechziger Jahre in den Arbeitsmarkt. In diesen Jahren wurden allerdings vergleichsweise wenige ältere Arbeitnehmer pensioniert – jene, die da gerade ins Rentenalter kamen, entstammten der – vor allem bei den Männern – stark dezimierten Generation der Kriegsteilnehmer (Abbildung 13).

Die achtziger Jahre wurden also von drei gleichzeitig auftretenden demographischen Effekten geprägt:

1. wenige, durch Pensionierung und Verrentung freiwerdende Arbeitsplätze
2. um diese Arbeitsplätze konkurrierten viele neue Arbeitskräfte
3. gleichzeitig reduzierte sich der Aufwand für die Erziehung, Ausbildung und Versorgung der nachwachsenden Generation

Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands 31.12.1980



Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands 31.12.2000

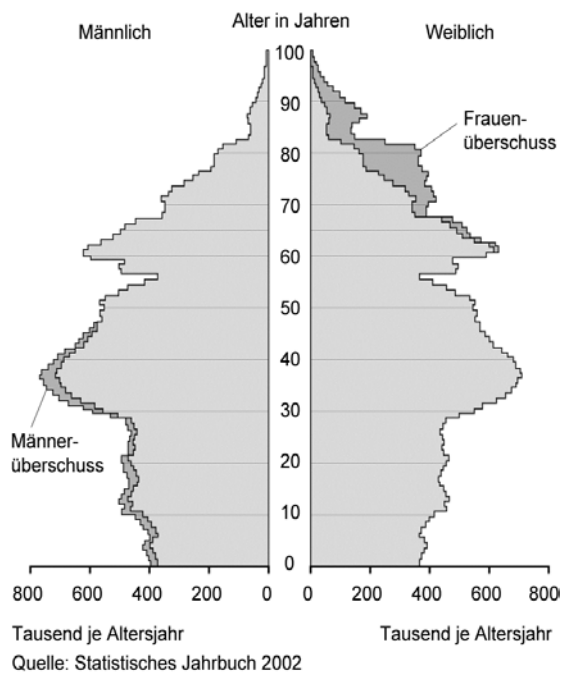


Abbildung 13
Abbildung 14

Die freien Arbeitskräfte hätten anderweitig eingesetzt werden können. Doch kaum jemand wollte sie. Die Arbeitslosigkeit stieg. Die Konsum- und Investitionsgewohnheiten verändern sich offenbar erheblich langsamer, als man erwarten möchte.

Die politische Führung der damaligen Zeit beging den entscheidenden Fehler, die konjunkturelle Schwäche nicht zu analysieren und die wirklichen Gründe zu identifizieren. Man meinte, man müsse nur die Rezepte der fünfziger und sechziger Jahre anwenden und schon würde sich das alte Wachstum wieder einstellen. Doch andere Zeiten bringen auch andere Probleme mit sich. In den sechziger Jahren war die Umweltzerstörung noch kein Thema. Man glaubte an das technisch Machbare und an die Zukunft. Der kurze Konjunkturerinbruch von 1967 war nur ein kleiner »Betriebsunfall«. In den achtziger Jahren war das längst ganz anders. Angestoßen durch das 1973 vom »Club of Rome« herausgegebene Buch »Grenzen des Wachstums«, aufgeschreckt durch die Ölkrise, verunsichert von den Risiken der Atomenergie, zweifelnd an der Möglichkeit eines immerwährenden Wachstums, am Waldsterben erkennend, dass das Ökosystem bereits überlastet ist, verstärkt durch die steigende Arbeitslosigkeit, verwandelte sich der Zukunftsglaube der Menschen in Zukunftszweifel und Zukunftängste. Es war kein Wunder, dass die 1980 gegründete Ökologiepartei »Die Grünen« immer mehr Zulauf bekam. Die etablierten Parteien hatten die neuen Herausforderungen nicht erkannt. Sie einigten sich zwar auf Umweltschutzgesetze, die die unmittelbaren Folgen des Wirtschaftens abmildern sollten, aber eine generelle Neuausrichtung unserer Wirtschaft leiteten sie nicht ein. Im Wesentlichen beschränkte man sich darauf, wie gewohnt weiter zu machen – bis heute.

Der Aufbau von Partnerstaaten

Die Devise muss sein: Wir helfen euch heute, ihr helft uns später.

Neben der gezielten Einwanderungspolitik ist theoretisch eine zweite Lösung für das Überalterungsproblem unserer Gesellschaft denkbar. Sie ist zwar sehr komplex und von vielen Faktoren abhängig und dadurch wesentlich unsicherer als der oben dargestellte Lösungsansatz, aber sie hätte den Vorteil, dass dabei keine dauerhafte »Verpflanzung« der Menschen erforderlich wäre: der Aufbau von Partnerstaaten. Mit einer umfassenden Darstellung dieses Konzeptes könnte man ein eigenes dickes Buch füllen. Ich will diesen Ansatz hier nur in seinen Umrissen vorstellen und einen Anstoß geben, in diese Richtung weiter zu denken.

Wir haben festgestellt, dass die Menschen der Geburtsjahrgänge nach etwa 1940 für eine konstante Bevölkerungsentwicklung viel zu wenig Kinder geboren haben. Vom Jahrgang 1964 beispielsweise leben heute 1476000 Menschen in Deutschland, vom Jahrgang 2000 aber nur 765000 – das ist rund die Hälfte (51,8 Prozent). Diese Generation hatte und hat entsprechend weniger Aufwand für die Erhaltung des Produktionsfaktors Arbeit zu leisten. Aufgrund dessen hatte sie mehr freie Kapazitäten für andere Leistungen, gleichzeitig aber auch relativ weniger Nachfrage. Die Folge war die Arbeitslosigkeit. Wir haben auch festgestellt, dass große Versorgungsprobleme auf uns zu kommen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge, insbesondere die der sechziger Jahre, in den Ruhestand gehen und nur noch ganz schwache Jahrgänge ins Berufsleben nachrücken. Nahezu alle europäischen Staaten haben tendenziell das gleiche oder ähnliche Probleme.

Ganz anders ist es jedoch in den Staaten des Südens. In nahezu allen diesen Staaten wächst die Bevölkerung ganz erheblich. Schon heute verfügen sie über ein fast unerschöpfliches Arbeitskräftereservoir. Sie könnten daher die ideale Ergänzung für uns sein. Sie könnten. Damit sie es auch werden, müssen wichtige Voraussetzungen erfüllt sein. Werden wir uns zunächst einmal darüber klar, wie sich Norden und Süden ergänzen könnten.

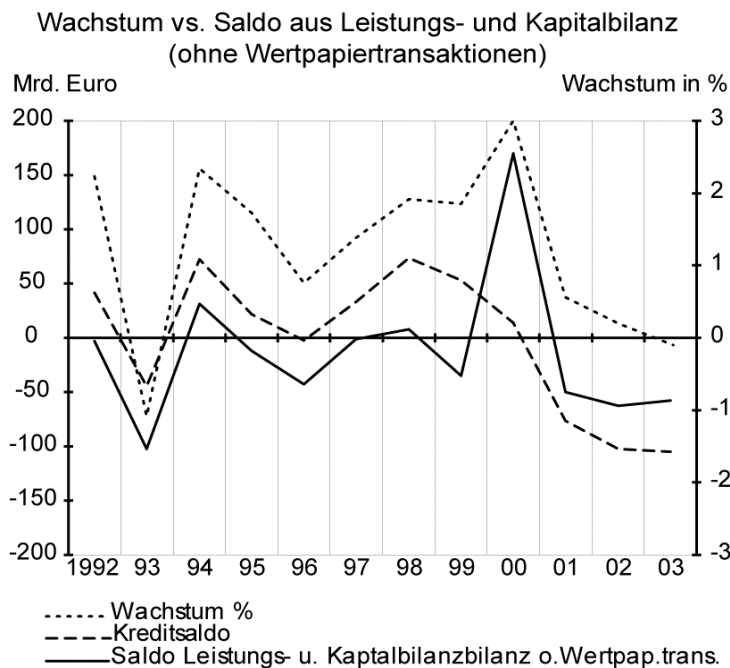
Die Menschen in unserer Gesellschaft werden wohl wie bisher für ihre Alterssicherung sparen. Vielleicht verstärkt sich diese Sparneigung noch: Es sind unsichere Zeiten, und überall wird private Vorsorge empfohlen. Es wird also immer mehr Geld bei den Banken und Versicherungen liegen, und dieses Geldvermögen will lukrativ angelegt werden. Die Bundesbank hat deshalb schon im Mai 2001 bei ihrer Frühjahrskonferenz darüber beraten, welche Konsequenzen sich daraus für die Finanzmärkte und für die Zentralbanken ergeben. Bei dieser Konferenz wurden Simulationsrechnungen präsentiert, nach denen der Kapitalexport bis zum Jahr 2020 an seinem Höhepunkt über fünf Prozent des Bruttosozialprodukts betragen wird. Das wäre ein jährlicher Kapitalexport aus Pensionsfonds von über 100 Milliarden Euro. Bei der Konferenz wurde die Notwendigkeit des Kapitalbedarfs in den Ländern mit einer wachsenden Bevölkerung angesprochen und die Möglichkeit erörtert, dass der internationale Kapitalfluss hier eine »Überbrückungsfunktion« bieten könnte (nicht zu verwechseln mit der von mir im Kapitel 6 definierten Überbrückungsfunktion des Geldes). Weiter wurde jedoch festgestellt: »Da aber der Kapitalfluss in noch unterentwickelte Volkswirtschaften weiterhin erheblich behindert bleiben dürfte«, geht man davon aus, dass »dieser Kapitalexport aus Deutschland eher in andere europäische Länder fließen wird.« Da aber die demographische Entwicklung in den übrigen europäischen Ländern und in den Industriestaaten der Welt ähnlich ist wie bei uns, ist dies keine Alternative, die das Problem beheben könnte. Wir brauchen Partnerländer, die in der Lage sind, uns mit Waren und Dienstleistungen zu versorgen, wenn es bei uns in etwa 15 bis 20 Jahren zu Versorgungsengpässen kommt, weil nicht mehr genügend Menschen da sind, die arbeiten können. Die Partnerländer müssen aber auch unsere heute überschüssigen Leistungen aufnehmen können. Diese Länder müssen also »Leistungsschwämme« sein.

Sie erinnern sich: Geld ist nicht unbegrenzt haltbar. Man kann es auch als »Anrecht auf Leistung« definieren. Ich erbringe heute eine Leistung, erhalte dafür Geld, für das ich später wieder eine andere Leistung einfordern kann. Die Frage ist nur, nach welcher Zeitspanne das noch geht. Wenn ich jetzt keine Leistung anfordern will, sondern erst in zwei, drei oder vier Jahrzehnten, und wenn das viele andere auch so machen, dann kommt es zu einem Konsumstau, wie wir ihn gerade erleben. Dann stagniert die Wirtschaft, dann werden die Menschen arbeitslos, und Geld wird in großer Menge gebunkert. Wenn wir aber jetzt zu wenig Leistung erbringen können, weil die Nachfrage dazu fehlt, dann können wir auch für später weniger »Leistung ansparen«. Der erwartete Export von bis zu 100 Milliarden Euro pro Jahr wird eine gewaltige Rezession auslösen.

Wenn wir uns ansehen, wo wir heute stehen, dann stellen wir fest, dass der von der Bundesbank in der zweiten Dekade erwartete Kapitalstrom ins Ausland heute schon fast erreicht ist. In den Jahren 2000, 2002 und 2003 haben wir uns bereits auf den Weg in diese problematische Situation begeben. Es ist nicht auszuschließen, dass es mal wieder ein Jahr mit positiver Kapitalbilanz gibt, es besteht aber kein Zweifel daran, dass die Simulationen der Bundesbank tendenziell richtig sind und eher zu niedrig angesetzt wurden. Abbildung 16 zeigt das wirtschaftliche Wachstum in den letzten zwölf Jahren und das Saldo aus Leistungsbilanz und Kapitalbilanz ohne den Anteil der

Wertpapiertransaktionen. Die Wertpapiertransaktionen bleiben in dieser Darstellung unberücksichtigt, da diese Transaktionen überwiegend aus spekulativen Gründen erfolgen und deshalb auf die reale Wirtschaft wenig oder nur indirekt Einfluss haben. Der gleichförmige Verlauf dieses modifizierten Saldos mit dem Wachstum bestätigt diese Annahme. Die dritte Linie in der Graphik zeigt das Saldo der Kurz- und Langfristigen Kreditströme vom bzw. ins Ausland. Im Jahr 2002 flossen 102 Milliarden Euro mehr an Krediten ins Ausland, als ins Land kamen. 2003 waren 110 Milliarden Euro. Auch hier zeigt der gleichgerichtete Verlauf mit dem Wachstum, welche Auswirkung unsere »Sparwut« hat. Wir sparen unsere Wirtschaft kaputt. Damit sägen wir den Ast ab, auf den wir uns setzen wollten.

Die Konsequenz daraus ist: Wir dürfen nicht einfach für die Zukunft sparen, wir müssen für die Zukunft Leistungen erbringen.



Quelle: Bundesbankbericht
Abbildung 16

Um die drohende Rezession zu verhindern, müssen wir jemanden finden, der unser Geld jetzt sinnvoll investieren kann und bei uns mit diesem Geld Leistung anfordert. Wir müssen also heute für andere Menschen eine Leistung erbringen mit dem Ziel, dass diese Menschen uns dafür in zwanzig bis fünfzig Jahren die Leistung zurückgeben, wenn wir sie dringend brauchen. Es wäre also ein Geben und Nehmen, das auf gegenseitigem Interesse beruht. Im Prinzip ist das nichts Neues, sondern das Wesen des Finanzmarktes. Es gab schon immer die Situation, dass jemand heute Geld übrig hatte, dieses auslieh, der Kreditnehmer Investitionen tätigte, mit diesen Investitionen Geld verdiente und dann den Kredit wieder zurückbezahlte. Es sind viele kleine »Wellen« von Geben, Nehmen und Zurückgeben, in unterschiedlichen Phasen und Frequenzen, die sich zum größten Teil gegenseitig aufheben

Heute jedoch sind wir mit einer anderen Situation konfrontiert. Zum ersten mal haben die meisten Länder eines ganzen Kontinents einen gewollten, rapiden Bevölkerungsschwund zu erwarten. Dadurch kommt heute zu den normalen, vielen, kleinen, heterogenen »Wellen« eine langwellige, gleichgerichtete »Grundwelle« hinzu, die alles andere überragt und einen riesigen, einmaligen Vor- und Rückstrom an Kapital und Leistungen bedingt. Der Kapitalüberschuss heute auf der einen Seite und der Kapitalbedarf in zwanzig bis fünfzig Jahren auf der anderen ist so groß, die Fristen sind so lang, dass dieser Prozess mit den herkömmlichen, im Finanzmarkt üblichen Konditionen nicht zu bewältigen ist.

Ein Vergleich soll den Unterschied deutlich machen: Mit großer Selbstverständlichkeit erziehen und versorgen die Eltern ihre Kinder »kostenlos« und bezahlen Steuern, damit der Staat in der Lage ist, ihren Kindern eine gute Bildung zu ermöglichen. Ich kenne keine Eltern, die all diese Auslagen auflisten, über die gesamte »Laufzeit« dieses »geliehene Geld« verzinsen und dann von den Kindern verlangen, diese Auslagen samt Zins und Zinseszins wieder zurückzubezahlen. Das würde auch gar keinen Sinn machen. Wir alle wissen, dass wir später die Leistung unserer Kinder brauchen werden – früher in der Großfamilie in Form von Versorgung und Pflege, heute in erster Linie in Form von Zahlungen in die Rentenkasse, aber auch in der Bereitstellung von Konsumgütern und Dienstleistungen für die gesamte Bevölkerung.

Genau so müssen wir die Zusammenarbeit mit unseren Partnerländern verstehen: Es handelt sich hier nicht um einen heutigen Konsumverzicht unsererseits, damit andere mit unserem Geld investieren können. Wir befinden uns vielmehr auf der Suche nach einem Partner, der heute akzeptiert, unsere Leistung jetzt anzunehmen, damit wir später mit dem verliehenen Geld die Leistung aus dem Partnerland zurückkaufen können. Eine Hand wäscht die andere – in einer fairen Partnerschaft. Es wäre völlig abwegig, wenn wir aus dieser Partnerschaft doppelten Profit ziehen wollten: von einem gerechten, langfristigen Leistungsausgleich einerseits und andererseits zusätzlich von Zinsen, so wie das im normalen Finanzmarkt üblich wäre. Nur auf diese Weise könnten wir unsere heute erbrachte Leistung speichern – innerhalb der eigenen nationalen Volkswirtschaft ist das nicht mehr im erforderlichen Umfang möglich. Wir müssten heute also viel mehr exportieren, als wir importieren, (ohne die aufnehmenden Staaten wirtschaftlich zu strangulieren), um später von diesem Leistungsbilanzüberschuss zehren zu können, wenn sich dieser Überschuss in einigen Jahrzehnten in ein Leistungsbilanzdefizit verwandelt hat.

Nicht jedes Entwicklungsland kommt für uns als Partner in Frage. Es folgt eine kleine Checkliste mit den wichtigsten Voraussetzungen für eine glückliche Partnerschaft zwischen Staaten.

- Es muss ein Land sein, das in den nächsten fünfzehn Jahren unsere Leistungen aufnehmen kann. Ein Schwellenland wie Südkorea, das in seiner industriellen Entwicklung schon weit fortgeschritten ist und sich aus eigener Kraft weiterentwickeln kann, kommt nicht in Frage.
- Die Menschen im Partnerland müssen eine Veränderung wollen, müssen wollen, dass ihr Land zumindest teilweise industrialisiert wird. Möglicherweise werden sich nur die größeren Städten industriell entwickeln.
- Das Land sollte politisch möglichst stabil sein. Zumindest sollte die Aussicht bestehen, dass Stabilität durch eine positive Entwicklung erreichbar ist.
- Die Bevölkerungsentwicklung des Partnerlandes muss unsere Entwicklung kompensieren können.

Selbstverständlich sind die Bedürfnisse möglicher Partnerstaaten von Land zu Land unterschiedlich. Dennoch könnte es wichtig sein, dass wir folgende Leistungen bereit stellen:

- Ausbau und Verbesserung des Bildungswesens in allen Stufen, vom Kindergarten bis zur Universität, einschließlich der Festigung der kulturellen Identität. Besonders wichtig ist eine gute Ausbildung des Lehrpersonals. Es ist sehr schwer, auf diesem Gebiet die richtige Hilfe zu leisten, da die möglichen Partnerländer meist durch die Kolonialzeit geschädigt sind. Eine besserwisserische Einmischung in die Ausbildung könnte schnell wieder kolonialen Charakter annehmen. Leichter möglich wäre die Bildungsförderung an Schulen und Universitäten bei uns, einschließlich betrieblicher Praxisausbildungen.
- Unterstützung bei der Verbesserung der staatlichen Strukturen und der Verwaltung, einschließlich der Stabilisierung der Landeswährung, der inneren Sicherheit, der Einführung von Kontrollorganen für die Finanzverwaltung und beim Ausbau des Gesundheitswesens.
- Hilfe bei der Verbesserung und der Ausweitung der Infrastruktur.

– Wirtschaftsförderung durch den Aufbau eines unternehmerischen Mittelstandes zum Beispiel durch betriebliche Partnerschaften, Joint Ventures und Betriebsgründungen.

Ganz generell gilt, dass unsere Hilfe auf eine langfristige Entwicklung im Partnerland angelegt sein muss. Es geht nicht darum, dass unsere Investitionen schnelle Renditen abwerfen. Es kommt einzig darauf an, dass das Partnerland in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren die Armut im eigenen Land überwunden hat und dann allmählich eine positive Handelsbilanz erwirtschaften kann, mit der unsere dann zu erwartende Versorgungslücke geschlossen und unsere Leistung von heute allmählich kompensiert wird.

Ich gebe mich keinen Illusionen hin. Dieser Lösungsansatz zur Bewältigung unserer künftigen Probleme setzt voraus, dass wir, dass unsere Politiker und Wirtschaftskapitäne grundlegend umdenken. Mit dem Turbokapitalismus unserer Zeit, mit der hemmungslosen Ausbeutung der Schwächsten der schwachen Staaten zur Mehrung des Profits der Reichsten, ist das nicht zu machen.

Wir brauchen ein neues Verständnis für eine partnerschaftliche Weltwirtschaftsordnung.

Kapitel 11

Ein neues Denken

Unsere Wirtschaft stagniert, und das Denken der Ökonomie ist in eine Sackgasse geraten. Alle Welt redet nur noch davon, dass es notwendig sei, die Unternehmenssteuern und die Spitzensteuersätze zu senken und den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren, damit wieder mehr investiert wird. »Flexibilisierung« des Arbeitsmarktes ist eine elegante Umschreibung für die Senkung der Löhne. Zwar nimmt der Staat dann weniger Steuern ein, aber auch dafür gibt es ein einfaches Rezept: die Sozialleistungen kürzen. Das ist eine weitere Einkommenseinbuße für die Lohnempfänger.

Wer solche Forderungen aufstellt, hat die Ursachen für die Stagnation nicht seriös analysiert. Tatsächlich könnten die Unternehmen in fast beliebiger Höhe investieren. Das Kapital dazu ist in Hülle und Fülle vorhanden. Am 30. September 2002 stand in der Stuttgarter Zeitung ein Zitat von J. Thomas Madden, einem leitenden Manager bei dem amerikanischen Vermögensverwalter *Federated*: » Die Muttermilch einer jeden Erholung ist Liquidität, und Liquidität ist im Übermaß vorhanden.« Im selben Artikel findet sich auch folgender Fakt: Nach Angaben der Forscher von DSW Research sind im ersten Halbjahr 2002 in Europa 57 Milliarden Euro neu in Fonds investiert worden. Da es aber an der Nachfrage mangelt, können die erwünschten Investitionen aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht getätigt werden. Kein Unternehmer kann seine Kapazitäten ausbauen, wenn die vorhandenen Kapazitäten bei weitem nicht ausgelastet sind.

Wir brauchen ein neues Denken.

Zunächst müssen wir uns fragen, was die gravierendsten Probleme sind – jetzt und in der Zukunft, die wir überblicken können. Dann müssen wir ihre Ursachen analysieren. Und dann müssen wir unvoreingenommen Strategien und Lösungen erarbeiten, die geeignet sind, die Ursachen der Probleme zu beheben. Wir dürfen nicht nur ihre Symptome bekämpfen. Wir müssen die erforderlichen Lösungen mutig in die Tat umsetzen, auch dann, wenn sie nicht den bisherigen Überzeugungen, Lehrmeinungen und Wunschvorstellungen entsprechen.

Für manche sind niedrigere Steuern und Löhne sowie der Abbau von Sozialleistungen angenehmer als zum Beispiel die Erhebung einer Ressourcensteuer oder höherer Steuern auf Gewinne aus Geld- und nicht-produktivem Sachvermögen. Darauf können wir aber keine Rücksicht nehmen. Es muss letztendlich das getan werden, was der Lösung der Probleme dient. An dieser Erkenntnis kann sich langfristig kein Politiker vorbeimogeln, wenn er wirklich die Mehrung des Wohlstandes der gesamten Bevölkerung erreichen will.

Vier Maßnahmen einer zukunftsweisenden Politik:

1. den Produktionsfaktor Natürliche Ressourcen weitestgehend schonen
2. den Produktionsfaktor Arbeit vollständig nutzen
3. für eine kontinuierliche Bevölkerungsentwicklung und die bestmögliche Ausbildung der Menschen sorgen
4. die Lasten gerecht und zumutbar auf die Generationen und sozialen Schichten verteilen

Von allen diesen Zielen sind wir weit entfernt. Im Gegenteil: Wir sind auf dem besten Weg, unseren Kindern drei riesige Probleme aufzubürden:

Vier drohende Katastrophen:

1. das Umweltproblem mit dem Damoklesschwert des Klimakollaps
2. die Unterversorgung der zahlreichen Menschen im »dritten Lebensabschnitt«
3. der weitere Anstieg der Staatsschulden
4. eine gewaltige Rezession

In diesem Buch habe ich Strategien und konkrete Lösungsansätze vorgestellt, die geeignet sind, gerade noch rechtzeitig die Probleme in den Griff zu bekommen. Dazu bedarf es jedoch der Einsicht und des Mutes der Politiker, neue Wege zu beschreiten, die bisher nicht im »Mainstream« der Volkswirtschaftslehre enthalten waren und die deshalb auch nicht von den Meinungsmachern angepriesen wurden.

Wir kennen das Märchen über »Des Kaisers neue Kleider«. Das ganze Volk war angeblich begeistert von den wunderbaren Kleidern des Kaisers, die angeblich aus so dünner Seide gewirkt waren, dass sie für weniger befähigte Menschen nicht sichtbar waren. Niemand traute sich zuzugeben, dass er die Kleider nicht sah, so lange, bis ein kleines Mädchen vor den Kaiser hintrat und fragte: »Warum hast Du denn keine Kleider an?« Ich hoffe sehr, dass dieses Buch eine ähnliche Wirkung hat.

Wir müssen uns endlich fragen, warum wir seit mehr als 25 Jahren nicht in der Lage waren, die gravierendsten Probleme zu lösen. Im Gegenteil, wenn wir zum Beispiel an die Staatsverschuldung denken, dann müssen wir eingestehen, dass die Probleme von Tag zu Tag größer werden.

Und es kann ja wohl nicht wahr sein, dass wir allen Ernstes diese Wirtschaftspolitik als die beste aller vorstellbaren Alternativen anpreisen wollen, bei der, bedingt durch den technischen Fortschritt – der ja per Definition den Wohlstand mehren soll –, einem Teil der Bevölkerung Einbußen zugemutet werden, damit es anderen umso besser geht. Damit muss Schluss sein!

Ich möchte die Wirtschaftswissenschaft dazu ermuntern, in einen Wettlauf zur Entwicklung von neuen Alternativen einzutreten, die der gesamten Menschheit neue Perspektiven für die Zukunft eröffnen. Die Wissenschaft muss die eingefahrenen Denkschemata verlassen. Und die Politik muss von der Wissenschaft solche Grundlagen einfordern, die eine Politik zum Wohl der gesamten Bevölkerung ermöglicht. Oder wollen wir eine Welt, in der sich die Reichen mit Mauern und Stacheldraht »absichern« müssen, wie es das in den USA schon in vielen Städten gibt?

Unser naturwissenschaftliches, technisches Wissen hat einen solch hohen Stand erreicht, von dem ich noch in meiner Studentenzeit nicht träumen konnte. Wir können es zur Lösung der Probleme in der Welt einsetzen oder uns selbst zerstören. Wir haben die Wahl:

– Wenn wir fortfahren, das Wissen zur Befriedigung unserer kapitalistischen Raffgier zu missbrauchen, dann werden wir unsere Lebensgrundlage und damit uns selbst zerstören.

– Wenn wir es aber zur solidarischen Lösung unserer Probleme verwenden, können wir uns selbst eine Epoche des Wohlergehens für alle Menschen schenken, ohne die nachfolgenden Generationen zu gefährden.

Wir wurden über Jahrhunderte durch den Kapitalismus »eingemauert«, in ein Gedankengebäude, das uns den Blick für das Wesentliche versperrt hat; und mit dem Neoliberalismus wurden in den letzten 25 Jahren auch noch die Rollläden an den Fensterluken heruntergelassen. Wir sind dabei uns selbst zu ersticken. Wir haben die Chance, uns gerade noch rechtzeitig aus dieser Gefangenschaft zu befreien. Wir müssen ausbrechen aus der neoliberalen, kapitalistischen Verstrickung, und unsere Wirtschaften in den Dienst aller Menschen stellen.

Es ist für unsere Demokratie schädlich und verhängnisvoll, dass sich der Neoliberalismus bei allen im Bundestag vertretenen Parteien durchgesetzt hat. Diese ganz große Koalition wird beraten und bestärkt von der Mehrheit der Vertreter der Wissenschaft und der Wirtschaft und sie wird unterstützt von dem größten Teil der Medien und der Presse. Mit der Wahl des neuen Bundespräsidenten wurde wohl die letzte demokratische Institution in die Phalanx der Befürworter der neoliberalen Politik eingereiht. Wird damit die Situation hoffnungslos? Nein, absolut nicht. Ich erwarte, dass sich noch in diesem Jahr eine neue politische Bewegung formiert, in der sich eine zukunftsfähige Politik Bahn bricht: Eine Politik des Friedens, der Ökologie und der sozialen Gerechtigkeit. Getragen von hunderttausenden von Menschen, die ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen wollen. Endlich wird es wieder eine wählbare Alternative geben, für Millionen von Menschen, die fühlen, dass die bisherige Politik immer tiefer in die Sackgasse führt. Wir alle haben es in der Hand, wir alle sind verantwortlich!